



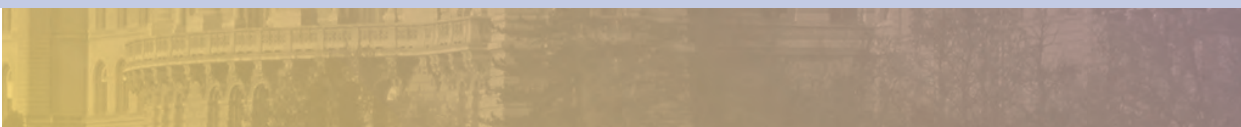
Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun Svizra

Nachrichtendienst des Bundes NDB

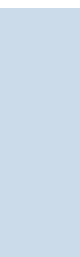
SICHERHEIT SCHWEIZ

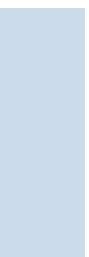


Lagebericht 2013
des Nachrichtendienstes des Bundes



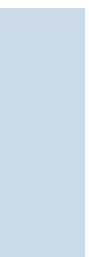
**Sicherheit Schweiz
2013**





Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| Freiheit und Sicherheit wahren | 5 |
| Der Lagebericht in Kürze | 6 |
| Strategisches Umfeld 2013 | 7 |
| Schwerpunkt: Russland | 16 |
| Dschihadistisch motivierter Gewaltextremismus und Terrorismus | 23 |
| Ethno-nationalistisch motivierter Gewaltextremismus und Terrorismus | 39 |
| Rechts-, Links- und Tierrechttextremismus | 47 |
| Proliferation | 61 |
| Verbotener Nachrichtendienst | 69 |
| Angriffe auf Schweizer Informationsinfrastrukturen | 77 |
| Abkürzungsverzeichnis | 85 |



Freiheit und Sicherheit wahren

Die Schweiz ist im internationalen Vergleich nach wie vor ein Land, das grosse Freiheiten garantiert und eine hohe Sicherheit gewährt. In dieser Beziehung geht es uns gut, und wir können stolz sein. Diese Freiheit und Sicherheit ist aber kein Geschenk. Wir müssen uns anstrengen, um sie zu bewahren und teilweise auch zu verteidigen.

Der aktuelle Lagebericht des Nachrichtendienstes zeigt auf, dass die Schweiz weiterhin Bedrohungen und Risiken ausgesetzt ist, auch wenn diese derzeit begrenzt sind. Aktuelle Entwicklungen wie die weltweite Beschleunigung von gesellschaftlichen und politischen Abläufen und damit auch ihrer Eskalation, die internationale Tendenz, Druck auszuüben, um Konformität zu erzwingen, oder der rasante Anstieg von Cyberrisiken in fast allen Lebensbereichen zeigen auf, wo die Verwundbarkeit der Schweiz zunimmt. Als Kleinstaat müssen wir unsere Interessen heute mit mehr Nachdruck vertreten, als dies in der Vergangenheit notwendig war.

Der Bund hat als Antwort auf die Cyberrisiken eine Strategie entwickelt, die von einem dezentralen Ansatz unter Einbezug aller staatlichen Stellen und vor allem auch der Privaten ausgeht. Sie setzt somit das bewährte Schweizer System der Partnerschaft zwischen dem Gemeinwesen und den Privaten auch in diesem Bereich um. Die Partnerschaft zwischen Staat und Privaten führt dazu, dass wir das Potenzial von Kenntnissen und Fähigkeiten optimal nutzen können. Auch der Nachrichtendienst ist bei der Abwehr von Cyberrisiken ein wichtiges Element. Er hilft namentlich mit, die Früherkennung und die nationale und internationale Vernetzung sicherzustellen.

Aufgabe der Politik ist es, den Nachrichtendienst rechtsstaatlich einwandfrei zu organisieren und zu führen, damit wir sein Potenzial, zum Schutz von Freiheit und Sicherheit beizutragen und unsere Interessen international zu vertreten, optimal nutzen.

Freiheit und Sicherheit geht uns alle an. Dieser Bericht soll dazu beitragen, das Verständnis dafür durch Transparenz zu fördern und das Vertrauen in den Nachrichtendienst zu stärken.



Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS


Ueli Maurer
Bundespräsident

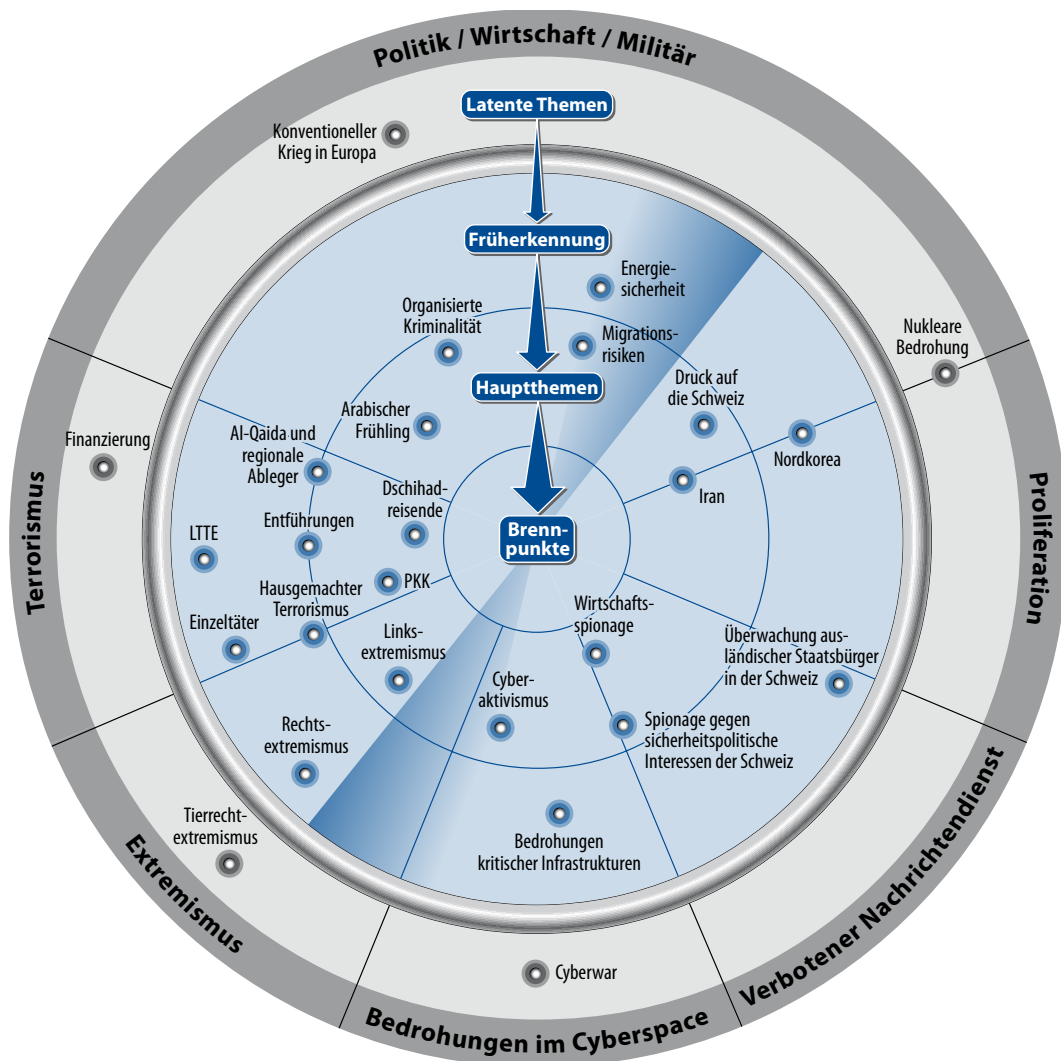
Der Lagebericht in Kürze

Wie sicher ist die Schweiz? Was sollte die Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz beunruhigen, von wem werden wir bedroht und wodurch gefährdet? Der Lageradar des NDB bietet für diese Fragen einen Überblick aus sicherheitspolitischer Sicht; er zeigt aus der Optik des NDB, was die Schweiz im Bereich Sicherheit derzeit hauptsächlich beschäftigt und welche Bedrohungen derzeit nur latent vorhanden sind.

- Keine Bedrohung ist so wichtig, dass sie im Brennpunkt steht. Die Schweiz befindet sich langfristig gesehen und auch im Vergleich mit sehr vielen anderen Ländern in einer sehr stabilen und ruhigen Situation. Die festgestellten Bedrohungen und Gefahren für die Schweiz sind zwar real, können aber nur unter ungünstigen, heute nicht gegebenen Umständen den Staat insgesamt bedrohen.
- Im strategischen Umfeld stellen die europäische Schuldenkrise und der arabische Frühling langjährige Gewissheiten in Frage, und Russland spielt im Umgang mit Europa wieder eine wichtigere Rolle, insbesondere als „Energiesupermacht“.
- Die Schweiz ist weiterhin kein prioritäres Ziel dschihadistisch motivierter Anschläge. Aber auch Schweizer Bürgerinnen und Bürger sind im Ausland stärker als früher von politisch und terroristisch motivierten Entführungen bedroht. Namentlich in Konfliktzonen des islamischen Raums können sie wie andere jederzeit Opfer von Entführungen oder dschihadistischer Gewalt- oder Terrorakte werden. Weiterhin nehmen europaweit dschihadistisch motivierte Reisebewegungen in Konfliktgebiete zu.
- Das Gewaltpotenzial des Rechts- und Linksextremismus bleibt bestehen, gefährdet die innere Sicherheit der Schweiz insgesamt aber nicht. Die Lage im Bereich Linksextremismus hat sich leicht entspannt, wozu unter anderem repressive Massnahmen wie Festnahmen und Verurteilungen beigetragen haben dürften. Im Bereich Rechtsextremismus hat sich das klandestine Verhalten verstärkt. Welche Konsequenzen sich daraus ergeben, ist noch nicht absehbar.
- Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen ist eines der grossen Problemfelder unserer Zeit. Im Zentrum der Besorgnis stehen weiterhin Iran und Nordkorea. Die internationalen Sanktionen gegen Iran wurden massiv verschärft. Dies erhöht auch das Risiko von Versuchen, sie unter Verletzung von internationalem und Schweizer Recht zu umgehen.
- In der Schweiz wird weiterhin verbotener Nachrichtendienst betrieben – immer häufiger findet der Informationsabfluss auch über Informatikmittel statt.
- Cyberrisiken nehmen deutlich zu, weil das Funktionieren der Schweiz von immer enger vernetzten Informations- und Kommunikationseinrichtungen abhängig ist. Diese bieten, insbesondere weil sie sich weitgehend anonym und mit wenig Aufwand nutzen lassen, viele Möglichkeiten für Missbrauch, Manipulation und Schädigung.

Strategisches Umfeld 2013

Die Schuldenkrise in Europa und der Umbruch im Gefolge des arabischen Frühlings sind zwei wichtige Entwicklungen im strategischen Umfeld der Schweiz, deren Folgen derzeit nur schwer vorhersehbar sind. Die Schuldenkrise belastet unser direktes Umfeld, dessen Stabilität die Grundlage für Sicherheit und Wohlstand darstellt. Die arabische Welt erlebt derzeit einen Umbruch, der auch die Schweiz vor eine Reihe von Herausforderungen stellt. Andere strategische Entwicklungen verlaufen derzeit stabil, so auch die militärische Bedrohung, die von nachgeordneter Besorgnis bleibt.



Strategisches Umfeld im Wandel

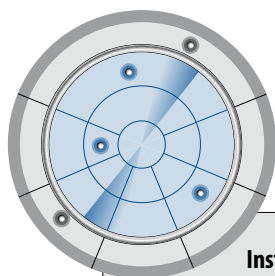
Das strategische Umfeld der Schweiz ist seit einigen Jahren im Wandel. Die europäische Schuldenkrise und der arabische Frühling haben ein weiteres Jahr an schwer vorhersehbaren Entwicklungen gebracht, und viele Jahre des Krisenmanagements stehen wohl noch bevor. Die langfristigen Folgen dieses Wandels sind noch nicht überall abschätzbar.

Die Schuldenkrise als Test der europäischen Einheit

Die Schuldenkrise in Europa ist weiterhin für ein hohes Mass an Unsicherheit verantwortlich. Im Februar 2012 musste im Falle Griechenlands, das zuvor wie Irland und Portugal bereits internationale Hilfsmassnahmen in Anspruch genommen hatte, erstmals die faktische Zahlungsunfähigkeit eines Mitglieds der Eurozone festgestellt werden. Im Dezember erhielt Spanien, die viertgrösste Volkswirtschaft der

EU, die Unterstützung des Europäischen Stabilitätsmechanismus. Im Sommer 2012 zog die Europäische Zentralbank (EZB) mit der Bereitschaft zum Kauf von Staatsanleihen einen der letzten Pfeile aus ihrem Köcher der Krisenbewältigungsinstrumente. An der europäischen Peripherie sind ausgesprochen harte Korrekturen bei Haushaltsdefiziten und Lohnkosten angelaufen, vielerorts begleitet von Strassenprotesten. Derweil bleibt das europäische Bankensystem in einem schlechten Zustand. Es wird weitere Staatshilfe benötigen, um sich zu stabilisieren, aber auch Geschäfte abtossen müssen, was das Wachstum in Europa drücken und die Arbeitslosigkeit voraussichtlich noch steigen lassen wird. Und die starke internationale Vernetzung der Bankenwelt kann immer noch Ausgangspunkt für eine weltweite Ansteckung und für eine neue Finanzkrise globalen Ausmasses werden.

Angesichts dieses Krisenverlaufs wird der politische Wille, die Eurozone zu verteidigen, derzeit einem ernsthaften Test unterzogen. Die EU-Institutionen erweisen sich zwar als handlungsfähig, aber nur in kleinen Schritten. Diese gehen nicht weit genug, um die Krise in einem Kraftakt zu bewältigen. Sie reichten bisher eben noch aus, um den Zusammenbruch der Eurozone zu vermeiden. Insgesamt zeichnet sich eine politisch hart umstrittene Umverteilung der Risiken zwischen Steuerzahlern verschiedener Länder Europas ab. Heikel ist, dass das Krisenmanagement dabei auch zur Übersteuerung von



Instrument Lageradar

Der NDB benützt für die Darstellung der für die Schweiz relevanten Bedrohungen seit 2011 das Instrument Lageradar. In einer vereinfachten Version ohne vertrauliche Daten ist der Lageradar auch Bestandteil des vorliegenden Berichts. Diese öffentliche Version führt die Bedrohungen auf, die im Arbeitsgebiet des NDB liegen, ergänzt mit den sicherheitspolitisch ebenfalls relevanten Punkten „Migrationsrisiken“ und „organisierte Kriminalität“. Auf diese beiden Punkte wird im Bericht nicht eingegangen und auf die Berichterstattung der zuständigen Bundesbehörden verwiesen.

Rechts:
Übersichtskarte – nach dem arabischen Frühling

politischen Prozessen in den Mitgliedstaaten neigt. Die EU nimmt auf die politischen Prozesse in den peripheren Staaten verstärkt Einfluss. Der neue Fiskalpakt für die Eurozone beruht zwar auf einer gemeinsamen Entscheidung für eine stärkere Zusammenarbeit, aber eine ausserhalb des EU-Vertragswerks. Und die EZB wird derweil in eine fiskalpolitische Verantwortung gedrängt, die traditionell Parlamenten vorbehalten wäre.

Für die Schweiz als in vielen Belangen integraler Teil Europas ist die Stabilisierung der Eurozone zunächst von grösster wirtschaftlicher Bedeutung. Eine Eskalation der Schuldenkrise auf grosse EU-Länder und deren Bankensysteme würde erhebliche Risiken für unsere eigene Wirtschaft bergen, und das Wechselkursumfeld bleibt ungünstig. Darüber hinaus steht aber auch die weitere politische Ausgestaltung des europäischen Kontinents zur Debatte: als EU-27 (ab Juli 2013 mit dem Beitritt Kroatiens neu als EU-28) oder vermehrt als Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten, unter stärkerer Herausbildung der Eurozone-17 oder einer noch kleineren Kernzone. Dieser schwierige Prozess wird vor dem Hintergrund leerer Staatskassen, steigender sozialer Spannungen und po-

pulistischer Neigungen ablaufen. Die Schweiz mit ihrer kleinen, relativ offenen Volkswirtschaft steht dabei in einem zunehmend härter geführten Wettbewerb um Arbeitsplätze und Steuersubstrat und sieht sich etwa in Fragen der Finanzmarktregulierung und der Steuerpolitik steigendem Konformitätsdruck ausgesetzt.

Im dritten Jahr nach dem arabischen Frühling

Der arabische Frühling von 2011 und seine Folgen werden noch jahrelanges Krisenmanagement erfordern. Die Flutwelle der Revolte ist mittlerweile abgeebbt, aber ein tiefgreifender Umbruch der südlichen Nachbarschaft Europas ist immer noch im Gang, ein Umbruch, der jedes Land vor eigene Herausforderungen stellt. In Syrien kämpft das Regime seit über zwei Jahren mit immer härteren Mitteln um sein Überleben und verwandelte den Machtkampf damit in einen Abnutzungskrieg. Dieser beeinträchtigt unterdessen auch die Sicherheit der Nachbarländer Libanon, Jordanien, Irak und Türkei. Ägypten, Tunesien und Libyen sehen sich mit grossen, vorwiegend innenpolitischen Problemen konfrontiert, ebenso Jemen. Die innere Sicherheit ist überall prekär, und



der wirtschaftliche Spielraum der Regierungen ist in den letzten beiden Jahren geschwunden. Der politische Islam beweist vielerorts, dass er breit verankert und gut organisiert ist. Aber nur in Ägypten ist er daran, in der Nachfolge der Militärs die Kontrolle über einen funktionierenden mächtigen Staatsapparat zu übernehmen. Darüber hinaus hat die Welle zunächst keine weiteren Staaten erfasst. Insbesondere die für die globale Energieversorgung wichtigen Golfmonarchien sind – mit der Ausnahme Bahrain – bisher kaum betroffen.

Der Ausgang dieses Umbruchs ist nach wie vor offen. Der Konflikt in Syrien ist noch in vollem Gange. Er kann mit einer vollständigen Niederlage oder mit dem einstweiligen Überleben des im Inland wie im Ausland weitgehend diskreditierten Regimes enden. In Ägypten, Tunesien und Libyen sind hingegen aus offenen Wahlen breiter legitimierte neue Regierungen hervorgegangen, die heute unter vielfältigem innerem Druck stehen. Die Schweiz unterstützt den Transformationsprozess in diesen Ländern. Aber sie kann sich den Risiken im südlichen und östlichen Mittelmeerraum nicht entziehen: Die wirtschaftliche Entwicklung ist zurückgeworfen, die innere Sicherheit problematisch. Es kommt zu unkontrolliertem Zufluss und Abfluss von Waffen, und es öffnen sich neue Freiräume für terroristische oder kriminelle Organisationen. Für die Schweiz werden die Bedrohung der Sicherheit von Staatsbürgern und diplomatischen Vertretungen in der Region, terroristische Bedrohungen und Entführungsfälle, die Störung von Handel und Energieversorgung, die Bewältigung von

Sanktionsregimen und Potentatengelder sowie die Migration aus den Krisengebieten bedeutende Problemfelder bleiben.

Schwerpunktthema Russland

In Europa hat sich Russland nach der Auflösung der Sowjetunion nach innen weitgehend konsolidiert – politisch, wirtschaftlich und in Ansätzen auch militärisch. Es richtet seinen Blick nun wieder vermehrt nach aussen. Die Herausforderungen dieser Entwicklung für Russland und Europa bilden das Schwerpunktthema des vorliegenden Berichts.

Die langfristigen Folgen des Wandels im strategischen Umfeld sind weiterhin offen. Es bestehen erhebliche Risiken, aber auch Chancen für positive Entwicklungsimpulse. Nachfolgend ein Überblick über weitere wichtige Themen auf dem Radar des NDB.

Proliferation:

Entscheidungsjahr im Fall Iran?

Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen bleibt eines der grossen Problemfelder unserer Zeit und Gegenstand zunehmend enger multilateraler Kooperation. Im Zentrum der internationalen Besorgnis steht die Entwicklung in Iran, wo die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) wiederholt den Verdacht formulierte, dass Iran sein Nuklearprogramm nicht ausschliesslich für zivile Ziele verwendet, sondern seit Jahren verdeckt an der Entwicklung einer Kernwaffe arbeitet. Iran hat die Verdachtsmomente weiterhin nicht entkräften können. Das iranische

Nuklearprogramm hat mittlerweile einen Stand erreicht, wo die diplomatischen Lösungsversuche überholt zu werden drohen, entweder durch eine militärische Intervention oder durch die Entwicklung einer iranischen Kernwaffe. Ein nuklear bewaffneter Iran hätte nicht nur regionale Auswirkungen, sondern würde insbesondere das Fundament internationaler Bemühungen zur Eindämmung der Proliferation erschüttern und könnte einen neuen nuklearen Rüstungswettlauf in der Region und darüber hinaus entfachen.

Die internationalen Bemühungen, Iran von der Entwicklung einer Kernwaffe abzuhalten, haben seit 2012 noch einmal an Intensität zugenommen. Iran unterliegt mittlerweile einem von den USA, der EU und zahlreichen anderen Staaten mitgetragenen Sanktionsregime, das nahe an eine eigentliche Wirtschaftsblockade heranreicht. Die Schweiz ist integraler Bestandteil internationaler Anstrengungen zur Eindämmung der mit der Proliferation verbundenen Risiken. Sie setzt alle UNO-Sanktionen um, trägt die weitergehenden Massnahmen der EU aber nicht vollständig mit. So wurden namentlich 2012 beschlossene Sanktionen gegen die Iranische Zentralbank sowie den Handel mit Erdöl und petrochemischen Produkten aus Iran nicht

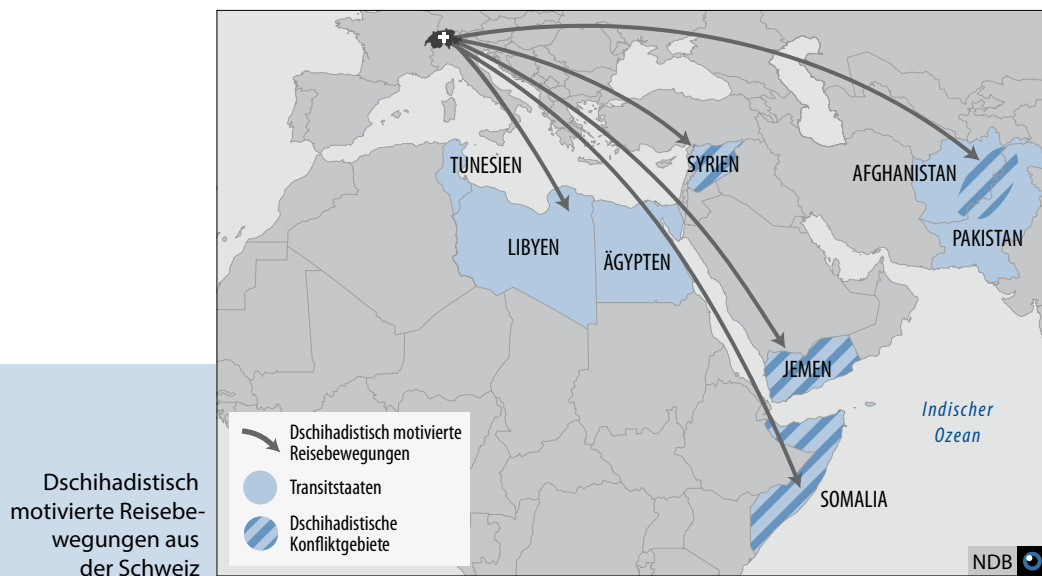
nachvollzogen. Der NDB verzeichnet bereits vermehrte Versuche, die Sanktionen über die Schweiz zu umgehen. Als Hochtechnologiestandort hat die Schweiz ein besonderes Interesse, dies zu verhindern. Sie schützt damit ihre Industrie vor dem Missbrauch dieser Technologien und den sich daraus ergebenden Konsequenzen. Internationale Sanktionsmassnahmen gegen Schweizer Firmen, die – wissentlich oder unwissentlich – internationale Rechtsnormen verletzen, haben das Potenzial für grössere systemische Schäden an unserer Wirtschaft.

Neben der intensiven internationalen Kooperation zur Bekämpfung illegaler Beschaffungsbemühungen betreibt der NDB in enger Zusammenarbeit mit den kantonalen und städtischen Polizeidiensten weiterhin ein Präventionsprogramm – Prophylax – mit dem Ziel, den Werk- und Forschungsplatz Schweiz hinsichtlich der Bedrohung durch Proliferation und Spionage, aber auch Cyberangriffe zu sensibilisieren.

Terrorismus:

Weiterentwicklung der Bedrohung

Im Kampf gegen den dschihadistisch motivierten Gewaltextremismus und Terrorismus prägen zwei Tendenzen die Lage: Zum einen ist der Verfolgungsdruck auf die Kern-al-Qaida in



Afghanistan und Pakistan sowie auf ihre Ableger, besonders auf der arabischen Halbinsel und in Somalia, hoch. Zum andern werden aber vermehrt Attentate durch Kleingruppen und Einzeltäter verübt, die häufig selber in westlichen Ländern aufgewachsen sind und durch die Propaganda der al-Qaida zu ihren Taten inspiriert wurden. Der Trend dschihadistisch motivierter Reisebewegungen aus Europa in Richtung dschihadistische Konfliktgebiete konkretisierte sich. Das Risiko von politisch oder terroristisch motivierten Entführungen von Schweizerinnen und Schweizern im Ausland steigt weiter an.

Im Bereich der ethno-nationalistischen gewaltextremistischen und terroristischen Bewegungen ist für die Schweiz insbesondere die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) von Interesse. Europaweit finden immer wieder zahlreiche Protestveranstaltungen zugunsten der PKK statt. Auch in der Schweiz kommt es regelmässig zu Veranstaltungen, wobei sich die PKK bemüht, nicht als gewalttätige Gruppierung wahrgenommen zu werden. Für die weitere Entwicklung der Lage im PKK-Umfeld ist insbesondere der Gesundheitszustand Öcalans zentral. Von den Nachfolgeorganisationen der tamilischen Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) in Europa und in der Schweiz geht derzeit wenig Aktivität

aus; die Minderheitenproblematik in Sri Lanka ist allerdings weiterhin ungelöst.

Rechts- und Linksextremismus

Der gewalttätige Extremismus ist in der Schweiz keine staatsgefährdende Grösse. Hierzulande fällt der Rechtsextremismus seit geraumer Zeit kaum mehr durch Gewalttaten auf. In den vergangenen zwölf Monaten hat sich auch die Lage im Bereich Linksextremismus leicht entspannt. Die anhaltende Tendenz im Bereich Rechtsextremismus ist die Folge eines Rückzugs aus der Öffentlichkeit: Eine gewisse Beunruhigung wegen möglicher klandestiner Aktivitäten bleibt bei den Sicherheitsorganen jedoch bestehen. Die leichte Lageentspannung im Bereich gewalttätiger Linksextremismus dürfte dagegen die Folge taktischer Zurückhaltung und strafrechtlicher Präventionseffekte sein.

Verbotener Nachrichtendienst:

Vielfalt der Methoden

Die Schweiz ist weiterhin Ziel von Spionage, wie ein Fall exemplarisch aufzeigt, bei dem georgische Oppositionelle in der Schweiz durch Beamte des georgischen Innenministeriums observiert wurden. Während einerseits immer



Farbanschlag gegen die Bank Credit Suisse, Zürich, 27. Januar 2013

noch mit traditionellen Mitteln wie Human Intelligence durch Informanten und Agenten oder die Abschöpfung von Informationen vor Ort gearbeitet wird, setzen Nachrichtendienste immer mehr hochentwickelte elektronische Mittel der Cyperspionage ein.

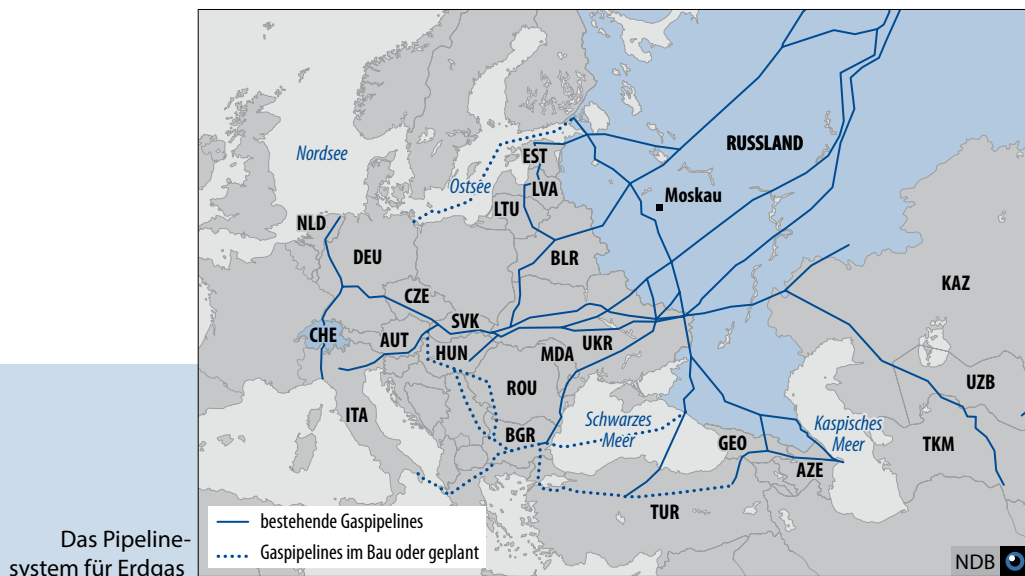
Cyberspionage hat für die Täter beziehungsweise ihre Auftraggeber den Vorteil, dass niemand vor Ort gehen muss und damit klassische Methoden der Spionageabwehr oft nicht greifen. Auch können auf elektronischem Weg grosse Datenmengen auf einmal oder innert kurzer Zeit entwendet werden. So werden denn auch regelmässig Fälle von ausgeklügelten elektronischen Spionagemethoden aktenkundig.

Ein Ziel von verbotenem Nachrichtendienst ist die schweizerische Forschung. Sie gehört in vielen Bereichen zur Weltspitze, und die Schweiz beherbergt eine Reihe renommierter Forschungsinstitute. Dadurch werden Schweizer Hochschulen, Forschungs- und Kompetenzzentren auch attraktiv für ausländische Nachrichtendienste.

Energiesicherheit:

Abhängigkeiten bei den Gasimporten

In Zeiten krisenhafter Wirtschaftsentwicklungen und politischer Verwerfungen dringt die Abhängigkeit von Rohstoff- und Energieimporten stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Was die Energiesicherheit der Schweiz anbelangt, haben sich die Risiken nicht verändert. Sie ist bei den Ölimporten dank eines gut funktionierenden internationalen Erdölmarkts gewährleistet, auch in Zeiten erhöhter Unsicherheiten in der Krisenregion des Nahen und Mittleren Ostens. Strukturell anders gelagert ist der Fall bei den Erdgasimporten, wo ein integrierter internationaler Markt noch nicht existiert und die Schweiz aufgrund der Abhängigkeit von fixen Pipelinesystemen stark und in naher Zukunft noch zunehmend auf Russland ausgerichtet ist. Längerfristig hat die technologische Revolution im Zusammenhang mit der Förderung von Schiefergas das Potenzial, die Entwicklung eines internationalen Erdgasmarktes zu beschleunigen und die Energiesicherheit auch der Schweiz positiv zu beeinflussen.



Militärische Bedrohungen bleiben nachgeordnet

Die klassische militärische Bedrohung für unser Land wird vom NDB als unverändert gering eingeschätzt. Für die erneute Entwicklung einer Bedrohung durch einen Krieg in Zentraleuropa kann mit einer Vorwarnzeit von rund zehn Jahren gerechnet werden. In Russland ist eine erfolgsversprechende Streitkräftereform im Gange. Sie wird substantielle Fähigkeitsverbesserungen im konventionellen Bereich bewirken, aber erst gegen Ende des Jahrzehnts. Russland dürfte 2020 über die grösste moderne Kampfflugzeugflotte in Europa verfügen, die Türkei über die grösste europäische Kampfflugzeugflotte innerhalb der Nato. Für den Einsatz von militärischen Mitteln an der europäischen Peripherie kann die Vorwarnzeit deutlich kürzer sein. Ebenso kann sich eine Bedrohung aus entfernten Regionen durch Massenvernichtungswaffen und weitreichende Trägersysteme bereits ab Mitte Jahrzehnt entwickeln.

Die Bewahrung bestehender und der Aufbau neuer militärischer Fähigkeiten ist mit grossem Zeitbedarf verbunden. Die bestehenden langen Vorwarnzeiten können den Staat nicht davon entbinden, vorausschauend zu agieren. Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa wird weiterhin vor der zentralen Herausforderung stehen, Aufgabenspektrum, Umfang und Einsatzbereitschaft der Streitkräfte an sich noch weiter verschlechternde finanzielle Rahmenbedingungen anzupassen. Dabei dürfte eine zusätzliche Ausdünnung bei Truppenstärke und Material, die nur zum Teil qualitativ aufgefangen werden kann, kaum zu vermeiden sein. Bei

den europäischen Luftwaffen werden trotz beachtlichen Investitionen in Kampfflugzeugflotten Fähigkeitslücken entstehen. Die Zahl der Länder ohne Kampfflugzeuge und damit ohne die Fähigkeit zur Durchführung des Luftpolizeidienstes wird zunehmen, was eine Schwächung des militärischen Sicherheitskordons um die Schweiz nach sich zieht. Weitergehende bilaterale und multilaterale Kooperationen zwecks Synergiegewinnung und Kompensation von Fähigkeitslücken bleiben europaweit inskünftig attraktiv.

Cyberbedrohungen: Anfällige Gesellschaft

Die globale digitale Vernetzung hat ungeahnte Möglichkeiten geschaffen, im Guten wie im Schlechten. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft machen sich Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen (IKT) und den Zugang zum Cyberbereich (Internet, mobile Netze und Anwendungen, E-Business, E-Government, computerbasierte Steuerungsprogramme) zunutze. Das heisst aber auch, dass die Anfälligkeit und Abhängigkeit gegenüber Störungen, Manipulationen und Angriffen zugenommen haben. Die Möglichkeiten, die IKT für kriminelle, nachrichtendienstliche, terroristische oder militärische Zwecke zu missbrauchen oder ihr Funktionieren zu beeinträchtigen, sind ebenso wie deren positive Nutzung praktisch unbegrenzt. Es ist davon auszugehen, dass der dahinter liegende Trend – die zunehmende Vernetzung und damit die wachsende Komplexität der IKT – anhalten wird.

Das Funktionieren der Schweiz als Gesamtsystem (Staat, Wirtschaft, Verkehr, Energieversorgung, Kommunikation usw.) hängt von einer steigenden Zahl miteinander vernetzter Informations- und Kommunikationseinrichtungen ab. Diese Infrastruktur ist verwundbar. Flächendeckende oder lang anhaltende Störungen und Angriffe können zu erheblichen Beeinträchtigungen der technischen, wirtschaftlichen und administrativen Leistungsfähigkeit der Schweiz führen. IKT sind für Angriffe nicht nur deshalb besonders attraktiv, weil sie viele Möglichkeiten für Missbrauch, Manipulation und Schädigung bieten, sondern auch, weil sie sich weitgehend anonym und mit wenig Aufwand nutzen lassen.

Schwerpunkt: Russland

Der russische Staat hat in den letzten zehn Jahren eine innere Schwächephase überwunden und seine Kontrolle über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gestärkt. Er richtet nun seinen Blick auch wieder vermehrt nach aussen. Mit grossen Investitionen in den Rohstoffsektor und auch in die Reform der Streitkräfte zielt Russland darauf ab, in einer stärker multipolaren Welt einen der bestimmenden Pole zu bilden. Im Umgang mit Europa ist die „Energiesupermacht“ Russland bereits Tatsache.

Konsolidierung Russlands unter Putin

Im Mai 2012 hat Wladimir Putin seine dritte Amtszeit als Präsident Russlands angetreten. Unter seiner Führung hat Russland eine zehnjährige innere Schwächephase überwunden und richtet nun seinen Blick wieder vermehrt nach aussen.

Im Verlauf des letzten Jahrzehnts ist in Russland wieder ein stark zentralistisch geführter Staat herangewachsen, wirtschaftlich auf der Basis eines immensen Rohstoffreichtums kon-

solidiert und im postsowjetischen Raum in seinem Einfluss wieder expandierend. Im Zentrum dieser Entwicklung steht Präsident Putin, der Architekt des bestehenden Machtsystems, das gleichzeitig die Kontrolle über Staat und Wirtschaft ausübt. Putins Ziel ist es, Russland als „Energiesupermacht“ wieder auf der Weltbühne zu etablieren. Seine Errungenschaften werden von einer Mehrheit der Russinnen und Russen anerkannt, die den Zerfall der Sowjetunion als Verlust von Einfluss und Selbstwertgefühl erfahren haben.

Strukturen und Funktionsweise

Unter Putin hat sich der russische Staatsapparat wieder zum autoritären Machtsystem entwickelt, das die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen weitgehend lenkt. Die Schlüsselpositionen in der mächtigen Präsidialadministration, in der Regierung und im Parlament, aber auch in den grossen Konzernen des Landes sind mit loyalen Weggefährten besetzt. Die Personalrochaden zu Beginn seiner



dritten Amtszeit haben eine Reihe seiner engsten Vertrauten befördert, darunter prominente Vertreter aus dem Kreis der Nachrichten- und Sicherheitsdienste (bekannt unter der Bezeichnung „Silowiki“), die sowohl in der innenpolitischen Debatte als auch in ausserpolitischen Fragen als Exponenten der konservativen Elite gelten. Einflussreiche Oligarchen trauen sich kaum mehr in die politische Arena zurück. Vielmehr haben sie erkannt, dass sie, sofern sie sich unterordnen, erheblich von der Politik des Kremls profitieren können. Auch Kritiker und politische Gegner werden in das herrschende System eingebunden. Oppositionelle Strömungen werden bereits im Keime erstickt oder wie in jüngster Zeit kanalisiert und abgeschwächt. Widersacher des Systems, die sich nicht einbinden lassen, werden Repressionen unterworfen.

Welche längerfristige Wirkung die Protestbewegung, die seit Winter 2011/2012 auf die Strasse geht, auf das herrschende Machtsystem entfalten wird, kann nicht vorausgesagt werden. Innerhalb der russischen Elite – die städtische Mittelschicht, aber von dort bis in die politische Führung hinein – wird derzeit eine substantielle Debatte über den Kurs des Landes geführt: um die Ansprüche einer sich verändernden, besser informierten und besser verdienenden Gesellschaft und einmal mehr um die Reform der Wirtschaft, von deren Leistungsfähigkeit das Machtsystem abhängt. Dass diese Debatte zu einem Reformkurs in Annäherung an europäische Modelle führen wird, ist nicht zwingend. Das System könnte sich unter Druck auch verhärten, repressiver werden nach innen oder aggressiver nach aussen oder beides.

Wirtschaftliches Umfeld

Russland zählt heute zu den zehn grössten Volkswirtschaften der Welt. Ihr Herzstück ist der Energiesektor. Die profitable Öl- und Gaswirtschaft wird kartellistisch von einigen grossen Konzernen beherrscht, die personell und finanziell eng mit der politischen Macht verflochten sind. Die Kontrolle über Russlands grösstes Unternehmen, den Energie-, Logistik- und Medienkonzern Gazprom, hat Putin bereits nach seiner ersten Wahl im Jahre 2000 in die Wege geleitet. Im Verlauf der letzten Jahre ist nun auch der Ölsektor daran, über den staatlichen Konzern Rosneft konsolidiert zu werden. Rosneft expandiert gezielt und wird voraussichtlich in die Liga der weltgrössten Energiekonzerne aufsteigen. Russland unter Putin hat im Energiesektor als dem stärksten Standbein der Wirtschaft substanzielle Investitionen getätigt, insbesondere in die Exportkapazitäten, also in leistungsfähige Pipelinesysteme für Öl und Gas. Allerdings verstärkt die Fokussierung auf die Öl- und Gasindustrie die hohe Abhängigkeit Russlands von der Entwicklung der Ölpreise. Die Besteuerung des Energiesektors finanziert rund die Hälfte der Staatsausgaben.

Reform der Streitkräfte

Neben dem Energiesektor investiert Russland auch wieder vermehrt in die Erneuerung seiner Streitkräfte. Dazu gehören schlankere Kommandostrukturen, ein neues Wehrmodell und ein auf über 500 Milliarden Franken dotiertes zehnjähriges Rüstungsprogramm. Die Geschwindigkeit und der politische Wille bei der Durchsetzung unterscheiden sich von allen

Links:
Übersichtskarte Russland

bisherigen Versuchen der Streitkräftereform. Beim Heer werden drei neue modulare Fahrzeugplattformen entwickelt, die Luftwaffe soll 1600 neue Flugzeuge und Helikopter und die Marine achtzig neue Schiffe und U-Boote erhalten. Als absolutes Novum für Russland wurde der Import von westlichen Rüstungsgütern eingeleitet. Zwar ist eine umfassende Umsetzung der Reformen möglicherweise schwierig zu erreichen. Es wird auch weiterhin an Logistikkapazitäten mangeln. Dennoch dürften die Streitkräfte bis 2020 substanzielle Fähigkeitssteigerungen erzielen, und Russland dürfte dann über die grösste moderne Kampfflugzeugflotte in Europa verfügen. Bis der angestrebte Potenzialaufbau bei den konventionellen Streitkräften soweit ist, wird sich Russland im Falle eines Konfliktes gegen einen modern ausgerüsteten und gut organisierten Gegner weiterhin auf sein taktisches Nuklearpotenzial verlassen müssen.

Aussenpolitik unter Putin

Nach der Konsolidierung im Innern richtet sich der Blick Russlands nun vermehrt auch wieder nach aussen. Erklärtes Ziel ist es, zum einen über den Status als Ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrats seinen Platz im Konzert der Grossen zu verteidigen. Zum andern geht es Moskau aber auch darum, im postsowjetischen Raum – in den westlichen Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), im Kaukasus und in Zentralasien –, aber auch in Osteuropa und auf dem Balkan verlorenen Einfluss zurückzugewinnen. Dabei bilden Rohstoffkonzerne und Finanzinstitute das Rückgrat

der russischen Machtpolitik. Nationale Grosskonzerne wie Gazprom und Rosneft sind unter Putin geformt worden, um der globalen Konkurrenz die Stirn bieten zu können, aber auch als Machtinstrumente zur Durchsetzung russischer Interessen. Russland hat in den letzten Jahren eine führende Stellung als Gaslieferant für Europa aufgebaut, wobei beim Staatskonzern Gazprom auch machtpolitische Erwägungen die Entscheidungen beeinflussen. Die „Energiesupermacht“ Russland ist heute zumindest im Umgang mit Europa Realität.

Schwerer Stand zwischen den USA und China

Im globalen Kräftespiel kämpft Moskau allerdings immer noch um die privilegierte Position, die es mit dem Zerfall der Sowjetunion verloren hat. Gegen Westen bleibt die russische Führung stark auf den alten Hauptgegner USA fixiert, eine Wahrnehmung, die sich seit der Rückkehr Putins in den Kreml 2012 eher noch zu verstärken scheint. Die USA werden als einziger Konkurrent auf Augenhöhe wahrgenommen, mit dem man umfassend und zäh um eine global-strategische Partnerschaft ringt, aber eine zu russischen Bedingungen. Der Erhalt des nuklearstrategischen Gleichgewichts ist dabei ein zentrales Ziel, das aufgrund des nahen Endes der Lebensdauer vieler russischer Systeme gewaltige Investitionen verlangt. Ausserdem muss sich Russland auch im Osten neuen Realitäten stellen. China und Indien streben wirtschaftlich auf und werden inskünftig mit hochseefähigen Seestreitkräften auch militärisch zur Machtprojektion befähigt sein. Gerade in

Rechts:
Der westliche postsowjetische Raum und Europa

Zentralasien, einer seiner traditionellen Interessenzonen, steht Russland wirtschaftsstrategisch unter wachsendem Druck Chinas. Mithilfe einer russisch dominierten Eurasischen Union beansprucht Putin für Russland den Platz eines Pols in einer sich herausbildenden multipolaren Weltordnung.

Umkehr der Dynamik in den westlichen GUS-Ländern

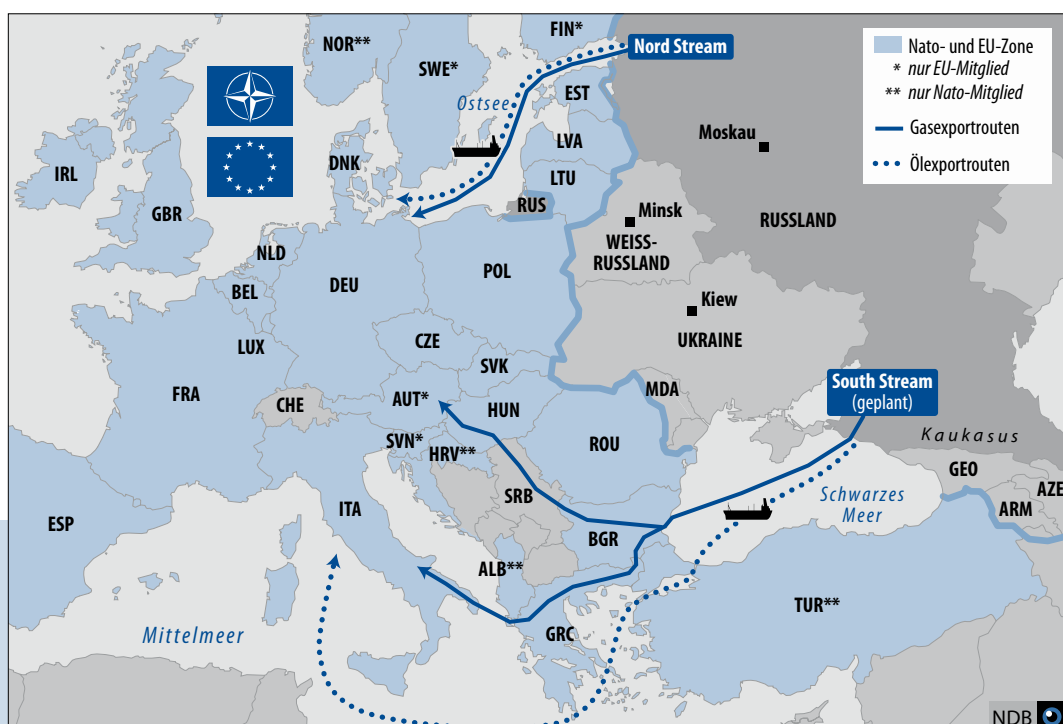
Im postsowjetischen Raum, besonders in den westlichen GUS-Ländern, ist der russische Einfluss nach zwei Jahrzehnten Schwund oder Stagnation wieder steigend. Die riesigen zukunftsgerichteten Investitionen in den Energiesektor nutzt Russland, um den Raum systematisch wirtschaftlich zu durchdringen und damit verlorenen Einfluss zurückzugewinnen. Neue Gaspipelines sind für eine Direktbelieferung europäischer Kunden ausgelegt, unter Umgehung der bisherigen Transitländer Ukraine und Weissrussland. Die damit verstärkten strukturellen Abhängigkeiten werden es beiden Ländern auf lange Sicht schwer machen, ihre

1991 gewonnene Unabhängigkeit gegenüber Russland zu festigen und weiterzuentwickeln.

Gegen Ende dieses Jahrzehnts werden die Ukraine und Weissrussland wahrscheinlich wirtschaftlich, aber wohl auch politisch unter stärkerem russischem Einfluss stehen, formal zwar souverän, aber mit an Moskau angelegten politischen Systemen und Wirtschaften, die von Russland erheblich subventioniert werden. Damit ist es Russland unter Putin gelungen, die Osterweiterung von EU und Nato zu stoppen und die Dynamik in den westlichen GUS-Ländern zu seinen Gunsten zu verändern.

Russland und die Schweiz

Die Schweiz pflegt vielfältige und intensive Beziehungen mit Russland, auf staatlicher wie auch auf individueller Ebene. Sportliche Grossanlässe wie die Olympischen Winterspiele in Sotschi (2014) oder die Fussballweltmeisterschaften (2018) werden zusätzliche Ausstrahlung entfalten. Insgesamt bietet ein erstarktes Russland, nach innen wieder konsolidiert und nach aussen um die Rückgewinnung von ver-

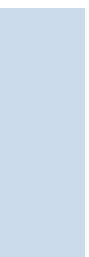


lorenem Einfluss bemüht, sowohl Chancen als auch Risiken. Ein prosperierendes, nach aussen blickendes Russland bietet vielfältige Chancen für die bilaterale und multilaterale politische und wirtschaftliche Kooperation. Die Risiken können für die Schweiz aus der Perspektive der Sicherheit – in einer breiten Definition – unterschiedliche Formen annehmen. Zum einen sind aufgrund der erstarkenden russischen Einflussnahme in den westlichen GUS-Ländern periodische Spannungen zwischen Russland einerseits und der EU, den USA und der Nato andererseits zu erwarten. Zum andern sind Abhängigkeiten unter anderem im Bereich der Energieversorgung gegeben. Neue Herausforderungen werden in Verbindung mit oligarchisch strukturierten Wirtschaftssektoren, Korruption, Kriminalität, illegaler Migration sowie mit einflussreichen Nachrichtendiensten und Wirtschaftsspionage entstehen.

Risiken ergeben sich insbesondere aus der Tatsache, dass die offene schweizerische Volkswirtschaft eng mit der europäischen und über diesen Weg indirekt auch mit der russischen verflochten ist. So erfolgen beispielsweise die Öl- und Gasimporte der Schweiz mehrheitlich via Deutschland, das wiederum der grösste Abnehmer russischer Öl- und Gasexporte ist. Schätzungsweise zwanzig bis dreissig Prozent des in der Schweiz verbrauchten Erdöls und Erdgases stammen ursprünglich aus Russland. Im Erdölbereich entfallen mittlerweile rund ein Drittel der Importe der EU auf Russland. Ein Ausfall der russischen Lieferungen könnte zwar kurzfristig über den internationalen Erdölmarkt aufgefangen werden, wäre aber auf Dauer nur

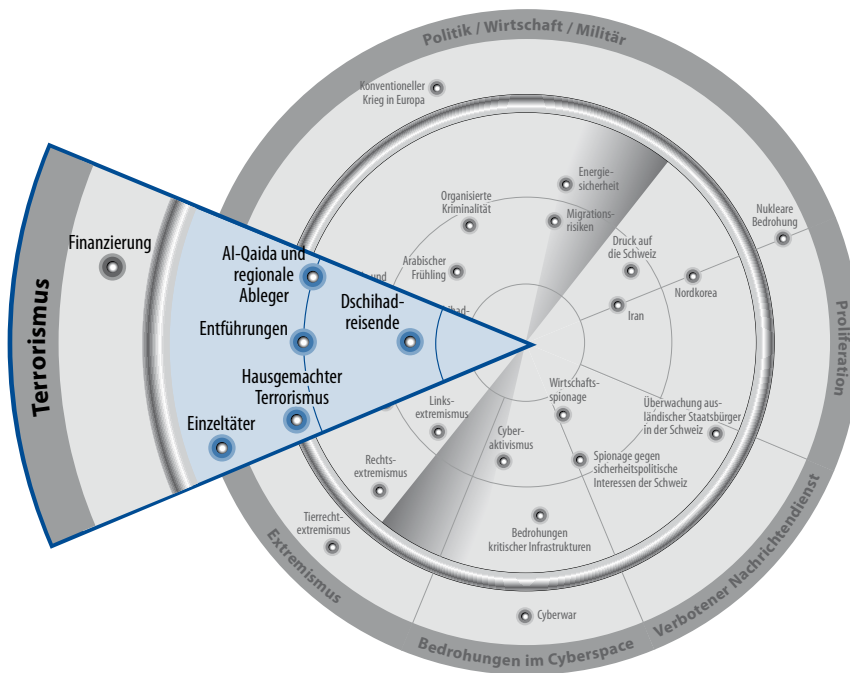
schwer oder möglicherweise überhaupt nicht kompensierbar. Im Erdgasbereich ist insbesondere die chemische Industrie, einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige der Schweiz, auf störungsfreie Gasimporte angewiesen. Ein mehrmonatiger Lieferstopp Russlands nach Europa hätte deshalb wohl auch Auswirkungen auf die schweizerische Wirtschaft.

Genf ist einer der bedeutendsten Rohstoffhandelsplätze der Welt. Damit sind Chancen und Risiken verbunden, die Politik und Verwaltung seit einiger Zeit mit erhöhter Aufmerksamkeit verfolgen. Russland als führender Rohstoffexporteur ist auf dem schweizerischen Handelsplatz entsprechend stark präsent. Russische Ölexporte werden heute mehrheitlich über die Schweiz abgewickelt. ■



Dschihadistisch motivierter Gewaltextremismus und Terrorismus

Im Kampf gegen den dschihadistischen Terrorismus bleibt der Verfolgungsdruck auf die Kernal-Qaida und ihre Ableger hoch. Vermehrt werden Attentate durch Kleingruppen und Einzeltäter verübt, die in westlichen Ländern aufgewachsen sind oder dort zumindest gewohnt haben und die durch die Propaganda der al-Qaida beeinflusst werden. Namentlich in Konfliktzonen des islamischen Raums können Schweizer Bürgerinnen und Bürger jederzeit Opfer von Entführungen oder auch dschihadistisch motivierten Gewalt- oder Terrorakten werden.



LAGE

Einreiseverbot gegen Dschihadisten aus der Schweiz

Der Trend dschihadistisch motivierter Reisebewegungen aus Europa in Richtung dschihadistische Konfliktgebiete konkretisierte sich. Dem NDB sind mehrere Personen mit früherem Wohnsitz in der Schweiz bekannt, die in ein Dschihadgebiet in Somalia beziehungsweise Afghanistan/Pakistan gereist sind, um sich an Kampfhandlungen zu beteiligen. Sie halten sich zum Teil noch dort auf. Erstmals wurde in diesem Zusammenhang im Sommer 2012 auch ein Einreiseverbot gegen einen ehemals in der Schweiz wohnhaften gebürtigen Jordanier ausgesprochen, der laut glaubhaften nachrichtendienstlichen Hinweisen in engem Kontakt mit der somalischen Terrorgruppierung al-Shabaab, einem Teil des al-Qaida-Netzwerks, stand und nach seinem Aufenthalt in Somalia in die Schweiz zurückkehren wollte.

Der Jordanier war nach seiner Rückkehr aus Somalia in Kenia wegen illegalen Aufenthalts und des Verdachts auf Unterstützung der al-Shabaab verhaftet worden. Das Bundesamt für Migration prüft in diesem Fall den Asylwiderurf; das Verfahren war bei Redaktionsschluss noch hängig.

Entführungen in Pakistan, Mali, Jemen und auf den Philippinen

Seit März 2012 sind eine Schweizerin und ein Schweizer wieder frei, die während einer touristischen Reise Anfang Juli 2011 in der Provinz Belutschistan (Pakistan) entführt worden waren. Sie konnten sich selber aus der Gewalt ihrer islamistischen Geiselnnehmer befreien. Doch schon kurz vorher, im Februar 2012, war im Sulu-Archipel auf den Philippinen, ebenfalls einem Gebiet, von dessen Besuch in den Reisehinweisen des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) abgeraten wird, ein weiterer Schweizer entführt worden. Dessen Entführung dauerte bei Redaktionsschluss dieses Berichts noch an. In Jemen war von Mitte März 2012 bis Ende Februar 2013 eine Schweizerin ebenfalls in der Gewalt einer islamistischen Gruppe. Mitte April 2012 wurde in Timbuktu (Mali) eine Schweizerin von islamistischen Kräften entführt, aber nach wenigen Tagen wieder freigelassen.



Moez Garsallaoui
[Aufnahme 2008]

Dschihadist mit Schweizbezügen getötet

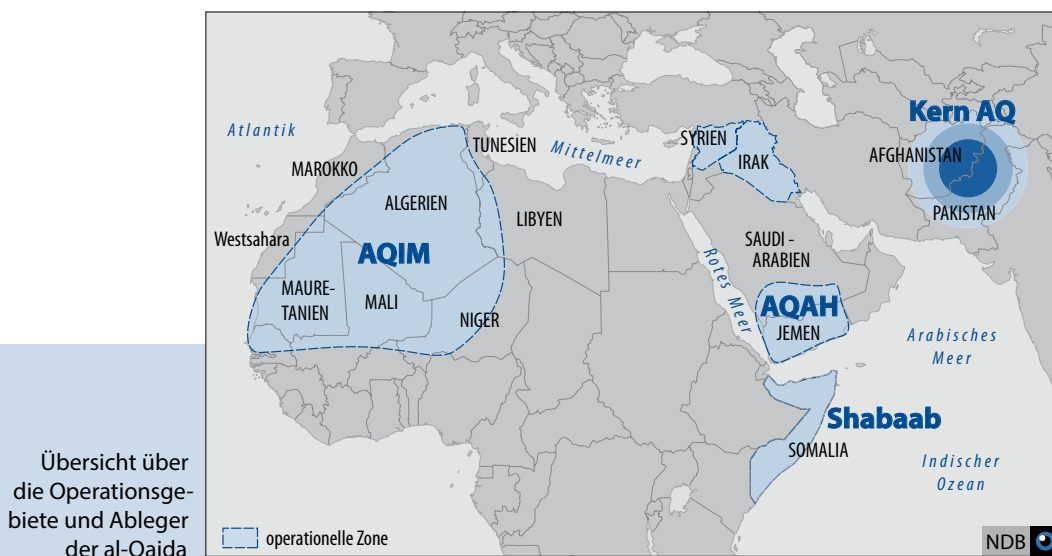
Die USA, aber auch die lokalen Sicherheitskräfte im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, in Jemen und Somalia haben den starken Verfolgungsdruck auf die Kern-al-Qaida und ihre Ableger aufrechterhalten. Eine Drohnenkampagne in den genannten Ländern führt regelmässig zum Tod von Führungsmitgliedern der al-Qaida. Zwar liessen sich im September 2012 in den Medien kursierende Gerüchte bisher nicht bestätigen, al-Shahri, die Nummer zwei der al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAH), sei getötet worden. Hingegen soll laut Presseberichten mit Adil al-Abab ein wichtiges Führungsmitglied der AQAH Anfang Oktober 2012 durch einen US-Drohnenangriff umgekommen sein.

Aus Schweizer Sicht bemerkenswert ist der Tod des Dschihadisten Moez Garsallaoui. Er wurde im Oktober 2012 bei einem Drohnenangriff in der afghanisch-pakistanischen Grenzregion getötet. Garsallaoui stammte aus Tunesien. Er und seine marokkanisch-belgische Frau, Malika el Aroud, betrieben in der Schweiz ab 2004 eine dschihadistische Webseite. Sie wurden deshalb 2007 vom Bundesstrafgericht in erster Instanz unter anderem der Unterstützung einer kriminellen Organisation nach Art. 260^{ter} StGB schuldig gesprochen. Garsallaoui entzog sich

jedoch der im darauffolgenden Jahr vom Bundesgericht bestätigten Gefängnisstrafe und begab sich Ende 2007 als Anführer einer Gruppe europäischer Dschihadisten ins afghanisch-pakistanische Grenzgebiet, um in Afghanistan gegen westliche Truppen zu kämpfen. Dazumal wurde gegen ihn ein bis 2023 gültiges Einreiseverbot verhängt. In Abwesenheit verurteilte ein Brüsseler Gericht im Mai 2010 ihn und seine Frau wegen Führung beziehungsweise der Mitgliedschaft in einer terroristischen Zelle zu einer Gefängnisstrafe von je acht Jahren. Malika el Aroud verbüsst ihre Strafe gegenwärtig in Belgien. Garsallaoui soll im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet enge Kontakte zu hochrangigen Mitgliedern dschihadistischer Gruppierungen, unter anderem auch zur Kern-al-Qaida, gepflegt haben.

Vermehrter dschihadistischer Einfluss in Syrien, Mali und im Sinai

In Syrien, wo die dschihadistische al-Nusra-Front ein Interesse daran hat, die Situation weiter zu destabilisieren, ist de facto ein Kampf- und Rückzugsgebiet für dschihadistische Kräfte entstanden, in dem sie sich frei bewegen können. Wenn die Aktivitäten der dschihadistischen Gruppen weiter zunehmen, könnten sich dort Verhältnisse wie 2007 im Irak einstellen, wo



Selbstmordattentate an der Tagesordnung waren. Eine ähnliche Situation besteht in Mali, wo im April 2012 lokale Tuareggruppen und Kräfte der al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) die Regierungskräfte aus dem Nordteil des Landes vertrieben und auch die französische Intervention anfangs 2013 noch nicht zu einer Bereinigung der Lage geführt hat.

Zu verfolgen ist auch die Situation auf der ägyptischen Halbinsel Sinai. In dieser teilweise demilitarisierten und unter internationaler Beobachtung stehenden Zone haben Beduinengruppen vermehrt Anschläge verübt und Touristen verschiedentlich kurzzeitig gegen deren Willen festgehalten. Wenn auch davon auszugehen ist, dass weder Ägypten noch Israel an einer Entwicklung interessiert sind, die den Sinai zum Rückzugsgebiet für dschihadistische Terroristen werden lässt, wird diese Gegend durch ihre geografische Schlüsselposition zwischen Nordafrika und dem Nahen Osten und insbesondere durch die Nähe zu den palästinensischen Autonomiegebieten weiterhin für Dschihadisten von grossem Interesse sein.

Attentat auf US-Flugzeug mit hochentwickelter Sprengladung verhindert

Ende April 2012 stellten die amerikanischen Nachrichtendienste einen hochentwickelten Sprengkörper sicher. Dieser soll von der AQAH stammen und hätte vermutlich von einem ihrer Mitglieder an Bord eines Flugzeugs Richtung USA gebracht werden sollen. Die Sprengladung hätte nach Einschätzung von Experten ausgereicht, das Flugzeug stark zu beschädigen.

Die AQAH bedroht die internationale Luftfahrt seit Längerem: Der erste Anschlagversuch der AQAH auf westliche Interessen ausserhalb Jemens erfolgte an Weihnachten 2009, als ein Nigerianer auf einem Flug der Northwest Airlines von Amsterdam nach Detroit versuchte, Sprengstoff zur Explosion zu bringen. Ende Oktober 2010 wurden auf dem East Midlands Airport (Grossbritannien) beziehungsweise in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) zwei Paketbomben mit Absendern aus Jemen in Frachtflugzeugen mit Destination USA sichergestellt.

Dschihadistisch inspirierter Mehrfachmord in Toulouse (Frankreich)

Innert zehn Tagen erschoss ein radikalisiertes dschihadistischer Einzeltäter im Grossraum Toulouse im März 2012 sieben Personen (drei französische Soldaten sowie einen Religionslehrer und drei Schülerinnen und Schüler einer jüdischen Schule). Im Rahmen der darauffolgenden Polizeiintervention wurde der Attentäter, ein 1988 in Toulouse geborener algerisch-französischer Doppelbürger, getötet.

Gemäss Informationen der französischen Behörden war der Täter Polizei und Nachrichtendiensten einschlägig bekannt, hatte bereits Haftstrafen unter anderem wegen bewaffneten Raubs verbüsst, war als Dschihadreisender nach Afghanistan und Pakistan aktenkundig und verkehrte mit seinem ebenfalls radikalisierten Bruder in der salafistischen Szene von Toulouse. Beide sollen der im März 2012 verbotenen französischen salafistischen Gruppierung Forsane Alizza (Ritter des Stolzes) angehört haben. Im Dezember 2011 waren nach Medienberichten

in Nizza dreissig für den Dschihad rekrutierte Anhänger der sich auf ihrer Webseite radikal gebenden Gruppierung verhaftet worden; die Verhaftung erfolgte unmittelbar vor dem Antritt ihrer Reise nach Afghanistan.

Gewalttätige Salafistenszene in Deutschland

Mitte Juni 2012 gingen die deutschen Behörden mit Grossrazzien und Ermittlungsverfahren gegen Salafisten und ihre Netzwerke vor. Dabei wurde die im deutschen Solingen niedergelassene Gemeinschaft Abrahams (Millatu Ibrahim) verboten, da sie Muslime in Deutschland zum aktiven Kampf gegen die verfassungsmässige Ordnung aufgerufen hatte. Zuvor war es in Deutschland zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der rechtsextremen Partei Pro NRW und gewalttätigen Salafisten gekommen. Dabei ergingen von salafistischer Seite auch Morddrohungen gegen Journalisten. Dem NDB sind keine dauerhaften Bezüge der deutschen Salafistenszene in die Schweiz bekannt; über Internet und Chatforen findet salafistische Propaganda aus Deutschland allerdings auch in der Schweiz ihr Zielpublikum. Der NDB beobachtet seinem gesetzlichen

Auftrag gemäss indessen nur Salafisten, bei denen ein klarer Gewaltbezug identifiziert werden kann, das heisst Dschihadisten. Ein wichtiges Instrument bei dieser Identifizierung ist das Dschihadismusmonitoring im Internet, das der NDB in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Polizei (fedpol) betreibt.

Unruhen und Tote nach Schmähungen des Propheten Mohammed

Ein in den USA produziertes Video, das den Propheten Mohammed verunglimpfte, löste Anfang September 2012 eine Protest- und Gewaltwelle aus, die sich insbesondere gegen amerikanische diplomatische Vertretungen vorwiegend in der islamischen Welt richtete. Als Urheber des Videos gilt ein in den USA lebender ägyptischer Christ mit krimineller Vergangenheit. Bei der Verbreitung des Videos soll er von extremistischen christlichen Fundamentalisten in den USA unterstützt worden sein. Am symbolträchtigen 11. September 2012 kam es zu gewaltsamen Protestaktionen gegen die Botschaften der USA in Kairo und Tunis.

Auch in Jemen wurde die amerikanische Botschaft attackiert; bei den Zusammenstössen mit den Sicherheitskräften wurden vier Angreifer



Dschihadismus im Internet: Screenshot, 2012

getötet. In zahlreichen Städten der islamischen Welt (unter anderem in Gaza-Stadt, Kabul, Karachi, Jakarta), aber auch in Manila und Sydney kam es zu antiamerikanischen Protesten, die zum Teil Menschenleben forderten. Vor der Schweizer Botschaft in Teheran protestierten rund 500 Studenten in Anwesenheit eines starken Polizeiaufgebots gegen die USA. Im Sudan verwies ein Prediger im Zusammenhang mit dem Video auch auf das Minarettbauverbot in der Schweiz sowie auf die Mohammed-Karikaturen, die kurz zuvor in Berlin erneut gezeigt worden waren. Daraufhin wurde die deutsche Botschaft in Khartum angegriffen. In Libanon rief der Chef des Hizballah zu einer Protestwoche auf. Frankreich liess aus Angst vor Ausschreitungen weltweit über zwanzig Botschaften, Konsulate und Schulen schliessen, nachdem das französische Satiremagazin Charlie Hebdo eine Mohammed-Karikatur veröffentlicht hatte. Die Hintergründe des Anschlags auf das amerikanische Konsulat in Bengasi (Libyen) mit vier Todesopfern, darunter der amerikanische Botschafter, waren bei Redaktionsschluss noch ungeklärt.

Die politisch Verantwortlichen in der Region bemühten sich darum, die Wogen zu glätten, jedoch meist ohne klar Stellung gegen die gewalttätigen Demonstranten zu beziehen. In der Schweiz lebende Muslime führten am 22. September 2012 in Bern eine friedliche Kundgebung unter dem Motto „Für unseren Propheten Muhammed und den Schutz religiöser Gefühle“ durch.

BEURTEILUNG

Zwei gegenläufige Tendenzen

Zwei Entwicklungen prägen die Lage im Bereich des dschihadistischen Terrorismus: Zum einen ist der Verfolgungsdruck auf die Kernal-Qaida und ihre Ableger weiterhin sehr hoch, insbesondere durch die Drohnenkampagne der USA und ihrer Verbündeten. Dies verringert tendenziell die Gefahr von zentral gesteuerten, grossen Terroranschlägen durch die al-Qaida selber. Zum andern werden aber vermehrt Attentate durch Kleingruppen und Einzeltäter verübt, die in westlichen Ländern aufgewachsen sind oder dort zumindest gewohnt haben und die durch die Propaganda der al-Qaida zu ihren Taten inspiriert werden.

AQAH: Beträchtlicher Verfolgungsdruck in Jemen

Die Führungsmitglieder der AQAH befinden sich unter beträchtlichem Verfolgungsdruck, zum einen seitens der jemenitischen Sicherheitsbehörden, die mit Luftangriffen und Bodenoffensiven gegen die AQAH vorgehen und zum anderen durch amerikanische Drohnenangriffe. Die starke Zunahme der Drohnenangriffe lässt darauf schliessen, dass der Verfolgungsdruck weiterhin hoch bleiben wird.

Internetmagazin der AQAH als Inspirationsquelle für Einzeltäter

Die Tötung der AQAH-Exponenten Anwar al-Awlaki und Samir Khan Ende September 2011 konnte die Produktion des englischsprachigen Online-Propagandamagazins „Inspire“ der al-

Qaida nur verzögern, aber nicht stoppen. Auch wenn seither die Qualität von Sprache und Layout abgenommen hat, dient „Inspire“ weiterhin als Rekrutierungsinstrument und ruft potenzielle Dschihadisten weltweit zu Anschlägen in ihren Heimatländern auf. Al-Awlaki bleibt auch nach seinem Tod eine Inspirationsfigur für Dschihadisten. Zudem ruft die AQAH auch in dschihadistischen Internetforen auf Arabisch und Englisch weiterhin zu Attacken durch Einzeltäter auf.

Rekrutierung und Ausbildung von ausländischen Kämpfern in Jemen

Bisher schien Jemen im Kontext der dschihadistischen Reisebewegungen von und nach Europa vor allem im Zusammenhang mit dem Besuch von Sprach- und Koranschulen und weniger als Dschihadsschauplatz von Bedeutung zu sein. Es gibt aber Hinweise auf Personen aus dem Westen, die nach Jemen reisen beziehungsweise zu reisen versuchen, in der Absicht, mit der AQAH in Kontakt zu treten. Die AQAH scheint bestrebt, gezielt Bürger westlicher Staaten zu rekrutieren und auszubilden, um diese für Anschläge in deren Herkunftsstaaten einzusetzen. Es sind in Europa bereits einzelne Fälle von Rückkehrern aus Jemen bekannt, nicht aber in der Schweiz.

Sehr unterschiedlicher Verlauf von Radikalisierungsprozessen

Radikalisierungsprozesse verlaufen sehr unterschiedlich, sowohl was ihre Dauer als auch die Faktoren betrifft, die die Radikalisierung auslösen oder beschleunigen. Neben den persönlichen Kontakten kommt dem Internet bei der Radikalisierung eine wichtige Rolle zu. Sobald sich eine Person jedoch tatsächlich in den Dschihad begeben will, sind persönliche Kontakte besonders wichtig für eine erfolgreiche Reise und Aufnahme in eine dschihadistische Gruppe. Für die Rekrutierung scheinen lose Netzwerke zu bestehen, innerhalb derer die Rekrutierer auf die Dschihadwilligen und die bevorstehende Reise Einfluss nehmen. Daneben gibt es auch Fälle, in denen radikalisierte Dschihadwillige ohne vorgängige Involvierung eines Rekrutierers direkt den Kontakt zu Schleusern suchen, um in ein Dschihadgebiet zu gelangen.

Somalia wichtigstes Reiseziel für Dschihadisten aus der Schweiz

Aus Schweizer Perspektive stellt Somalia derzeit das wichtigste Dschihadgebiet dar, da die Mehrzahl der bisher bekannten Dschihadreisenden aus der Schweiz Richtung Somalia gingen. Ein Grund dafür könnte sein, dass Individuen im Radikalisierungs- und Rekrutierungsumfeld in diesem Fall auf bestehende Unterstützer- und Schleuserstrukturen zurückgreifen können. Die Auswahl des Dschihadgebiets hängt oft von der Existenz von Kontaktnetzen ab und hat dadurch auch mit Opportunität zu tun. Bereitstehende Unterstützer- und Schleuserstrukturen dürften dazu führen, dass diese von einer zunehmenden Zahl an Dschihadwilligen genutzt werden.

So ist es denn auch nicht überraschend, dass die aktuelle Verfügung eines schweizerischen Einreiseverbots gegen einen Dschihadreisenden im Zusammenhang mit Verbindungen zur somalischen Terrorgruppierung al-Shabaab stand.

Fall Garsallaoui zeigt konkrete Gefährdungen durch Dschihadreisende auf

Der im Herbst 2012 getötete Moez Garsallaoui hatte sich vom virtuellen Dschihadisten in der Schweiz zum operativen Dschihadisten im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet gewandelt und genoss in europäischen dschihadistischen Kreisen einiges Ansehen. Auch aus der Zeit seines Aufenthalts im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet gibt es Bezüge in die Schweiz: So schrieb er 2008 einen Drohbrief, der in dschihadistischen Internetforen publiziert wurde. Darin beschuldigte er die Schweizer Re-



Ausgabe des Propagandamagazins „Inspire“ der al-Qaida vom Winter 2012

gierung und Sicherheitsbehörden, Bestandteil des sogenannten zionistischen Kreuzzugs gegen den Islam zu sein. Das Echo auf den Text blieb allerdings gering.

Inwieweit er tatsächlich in das operative Geschäft involviert war und welche Rolle er bei der Rekrutierung potenzieller Dschihadisten auch aus Europa spielte, kann nicht abschliessend beurteilt werden. Es ist davon auszugehen, dass Garsallaouis Tod zumindest einen symbolischen Verlust für die dschihadistische Szene in Europa darstellt.

Der Fall Toulouse: Ein dschihadistischer Einzeltäter

Dschihadistisch motivierte Einzeltäter (homegrown terrorists beziehungsweise auf Deutsch hausgemachte Terroristen) haben bereits mehrmals in Europa und in den USA Anschläge mit Schusswaffen verübt. Beispiele sind Anschläge auf die amerikanische Botschaft in Sarajewo (Bosnien und Herzegowina) im Oktober 2011, auf US-Militärpersonal auf dem Flughafen in Frankfurt (Deutschland) im März 2011 sowie auf der amerikanischen Militärbasis Fort Hood in Texas im November 2009.

Der Attentäter von Toulouse ging bei seinen Taten mit äusserster Brutalität vor. Er soll behauptet haben, im Auftrag der al-Qaida zu handeln. Über seine ideologische und militärische Ausbildung liegen keine genaueren Angaben vor, seine Aktivitäten und Aufenthaltsorte in Afghanistan, Pakistan beziehungsweise Tadschikistan sind nicht im Detail bekannt. Ein Aufenthalt in dschihadistischen Ausbildungscamps scheint jedoch plausibel.

Die Motive des Attentäters sind derzeit noch nicht im Detail bekannt. Während Einzeltäter meist ideologische Motive angeben (Rache für den französischen Einsatz in Afghanistan beziehungsweise für die israelische Besetzung Palästinas), ist es sehr oft so, dass sie Personen oder Gruppen angreifen, die sie für ihre aussichtslose Lage verantwortlich machen. So sind unter den Opfern im Fall Toulouse drei französische Soldaten, und der Täter soll von der französischen Armee nicht zum Dienst zugelassen worden sein.

Proteste um Schmähd film wegen Beleidigung von Gläubigen

Bei den in muslimischen Ländern weit verbreiteten Protesten gegen den in den USA produzierten Schmähd film im September 2012 handelt es sich um die ersten antiwestlichen Ausschreitungen grossen Stils seit Beginn des arabischen Frühlings. Besonders fällt auf, dass die gewaltsamsten Demonstrationen in den Ländern stattfanden, in denen die repressiven Regime verdrängt worden sind. Die Art und Weise der jeweiligen Zusammenstösse weisen darauf hin, dass die neuen Sicherheitsverantwortlichen zum Teil noch wenig Erfahrung haben, wie deeskalierend mit Protesten umgegangen werden kann.

Die Schweiz stand nicht im Fokus des weltweiten Protests vom September 2012 und wurde mit Ausnahme des Hinweises eines sudanesischen Predigers auf das Minarettbauverbot auch nicht namentlich erwähnt. Die Demonstration vor der Schweizer Botschaft in Teheran war nicht gegen die Schweiz, sondern

gegen die USA gerichtet, deren Interessen die Schweiz in Iran vertritt. Die Schweiz wird im Verständnis extremistischer Islamisten allerdings als Teil der westlichen Welt wahrgenommen, die angeblich einen Kreuzzug gegen den Islam führt.

Die Wirkungskraft der tatsächlichen oder auch vermeintlichen Symbole des Islams wie Koran, Prophet, Minarett oder Schleier als kollektiver Referenzrahmen und Identifikationsmerkmal darf nicht unterschätzt werden. Viele Muslime werden bei jeder weiteren Aktion, die sie als islamfeindliche Provokation auffassen, erneut empfindlich reagieren. Es ist auch anzunehmen, dass die seit den Umwälzungen in der arabischen Welt im vergangenen Jahr erstarkten Islamisten versuchen werden, den Vorwurf der Beleidigung von Gläubigen auszunützen – nicht zuletzt in Absetzung von und Konkurrenz mit den neuen, eher islamisch ausgerichteten Regierungen.

Der NDB verfolgt im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags die andauernde Diskussion über Islamfeindlichkeit. Die Möglichkeit bleibt bestehen, dass die Nennung des Minarettbauverbots oder andere Hinweise auf eine sogenannte Islamfeindlichkeit der Schweiz zur Radikalisierung Einzelner beitragen können. Ebenso möglich bleibt, dass islamistische oder dschihadistische Gruppierungen die angeblich feindliche Einstellung der Schweiz gegenüber dem Islam instrumentalisieren und zu Aktionen aufrufen. Gewaltsame Aktionen gegen die Schweiz und gegen Schweizer Interessen im Ausland bleiben dadurch auch im aktuellen Kontext generell möglich.

AUSSICHTEN

Dschihadreisende stellen beträchtliches Sicherheitsrisiko dar

Reisende in Sachen Dschihad stellen ein beträchtliches und wachsendes Sicherheitsrisiko auch für westliche Staaten dar. Diese von vielen Nachrichtendiensten geteilte Einschätzung resultiert in Verhaftungen von Dschihadwilligen vor Ort, ihre Auslieferung an die Herkunftsländer sowie der intensiven Beobachtung und allenfalls auch Verhaftung von Rückkehrern in Europa; teilweise werden auch strafrechtliche Bestimmungen angepasst. Halten sich die Dschihadwilligen in Kampfzonen auf, besteht die Gefahr, dass sie gegen westliche Truppen kämpfen oder gar für Anschläge auf westliche Interessen und die lokale Zivilbevölkerung eingesetzt werden. Damit schaden Dschihadisten gleichzeitig dem Ansehen und den Interessen ihres vorherigen Aufenthaltslandes, das allenfalls dem Druck der direkt geschädigten Staaten ausgesetzt wird.

Bei Rückkehrern besteht das Risiko, dass diese mit den erworbenen Fähigkeiten Anschläge in ihrem Aufenthaltsland oder anderen westlichen Staaten planen und durchführen. Daneben können sie auch als Vorbild und Inspirationsquelle wirken oder aktiv Personen rekrutieren. Dass von den Rückkehrern eine reale Gefahr ausgeht, zeigt neben dem Fall von Toulouse exemplarisch ein weiterer aktueller Fall: Ende April 2011 wurden in Deutschland drei Personen festgenommen, die Anschläge auf Ziele in Deutschland geplant haben sollen. Der Anfüh-

rer der sogenannten Düsseldorf-Zelle soll eine Ausbildung in einem Trainingscamp in Pakistan durchlaufen und mit einem Mitglied der Kern-al-Qaida in Kontakt gestanden haben. In der Anklage zum seit November 2012 eröffneten Prozess wird ihm vorgeworfen, sich systematisch um den Bau einer Bombe bemüht zu haben.

Syrien, Mali und der Sinai: Aktuelle und potenzielle neue Ziele für Dschihadreisende

Der Bürgerkrieg in Syrien, die Sezessionsbewegung in Nordmali und bis zu einem gewissen Grad auch das auf der Sinai-Halbinsel entstandene Sicherheitsvakuum führen dazu, dass es für Dschihadreisende neue Destinationen gibt, wo sie sich am bewaffneten Kampf beteiligen oder auch Ausbildungscamps besuchen können. Die zunehmend in Syrien operierenden dschihadistischen Gruppen und Einzelpersonen haben denn auch ein grosses Interesse an der Aufrechterhaltung des gewaltsamen Konflikts. Die allgemeinen Unruhen im Lande erhöhen ihren Handlungsspielraum und schaffen Möglichkeiten für terroristische Aktionen. Eine ähnliche Situation besteht auch in Nordmali, von wo die unsichere Situation in die ganze Sahelzone und auch die nordafrikanischen Länder ausstrahlt. Dies zeigt der dschihadistische Überfall auf eine Gasförderanlage in Algerien Ende Januar 2013, bei dem mehrere westliche Geiseln getötet wurden.

Anschläge von Einzeltätern schwierig zu verhindern

Die Anschläge von Toulouse zeigen einmal mehr auf, dass es schwierig ist, Taten eines Einzelnen im Vorfeld zu verhindern, auch wenn die Person bereits polizeilich oder nachrichtendienstlich bekannt ist. Die Bedrohung durch Terroranschläge von Einzeltätern ist nicht exakt einzuschätzen, und solche Anschläge können auch nicht in jedem Fall verhindert werden. Die Schweiz als Land mit geringem militärischem Engagement im Ausland ist zwar nicht ein erklärtes prioritäres Ziel für dschihadistisch motivierte Anschläge. Gegen die Schweiz oder Schweizer Interessen gerichtete oder diese zufällig treffende Anschläge, vor allem von radikalisierten Einzeltätern, können aber nicht ausgeschlossen werden. Deshalb wird im Rahmen des nachrichtendienstlichen Monitorings dschihadistischer Webseiten Aufrufen zu Nachahmungen besondere Beachtung geschenkt.

Hohes Risiko für Schweizer in Konfliktzonen

In den letzten Jahren ist die Zahl von politisch motivierten Entführungen von Schweizerinnen und Schweizern im Ausland sprunghaft gestiegen. Während in früheren Jahren nur vereinzelt politisch motivierte Entführungen zu verzeichnen waren und 2003 mit einer Entführung in der Sahara erstmals ein grösserer Fall die zuständigen Behörden beschäftigte, nahmen von 2009 bis 2012 zehn Entführungen mit politischem oder terroristischem Hintergrund das EDA, den NDB und fedpol in Anspruch. Fast alle diese Fälle hatten einen dschihadistischen Hintergrund, alle Fälle ereigneten sich in

Ländern, vor deren Besuch in den Reisehinweisen des EDA generell oder sektoriell abgeraten wird. Bei der aktuellen internationalen Lage können damit namentlich in Konfliktzonen des islamischen Raums Schweizer Bürgerinnen und Bürger jederzeit ein Ziel für Entführungen oder auch dschihadistische Gewalt- oder Terrorakte werden.

Die Reisehinweise des EDA

Die Reisehinweise des EDA decken rund 170 Länder ab, werden auf der Internetseite des EDA rund zwei Millionen Mal pro Jahr konsultiert und werden seit August 2011 auch auf Twitter verbreitet.

Die Reisehinweise geben eine breit abgestützte Einschätzung der Sicherheitslage, mit Schwerpunkt in den Bereichen Politik und Kriminalität.

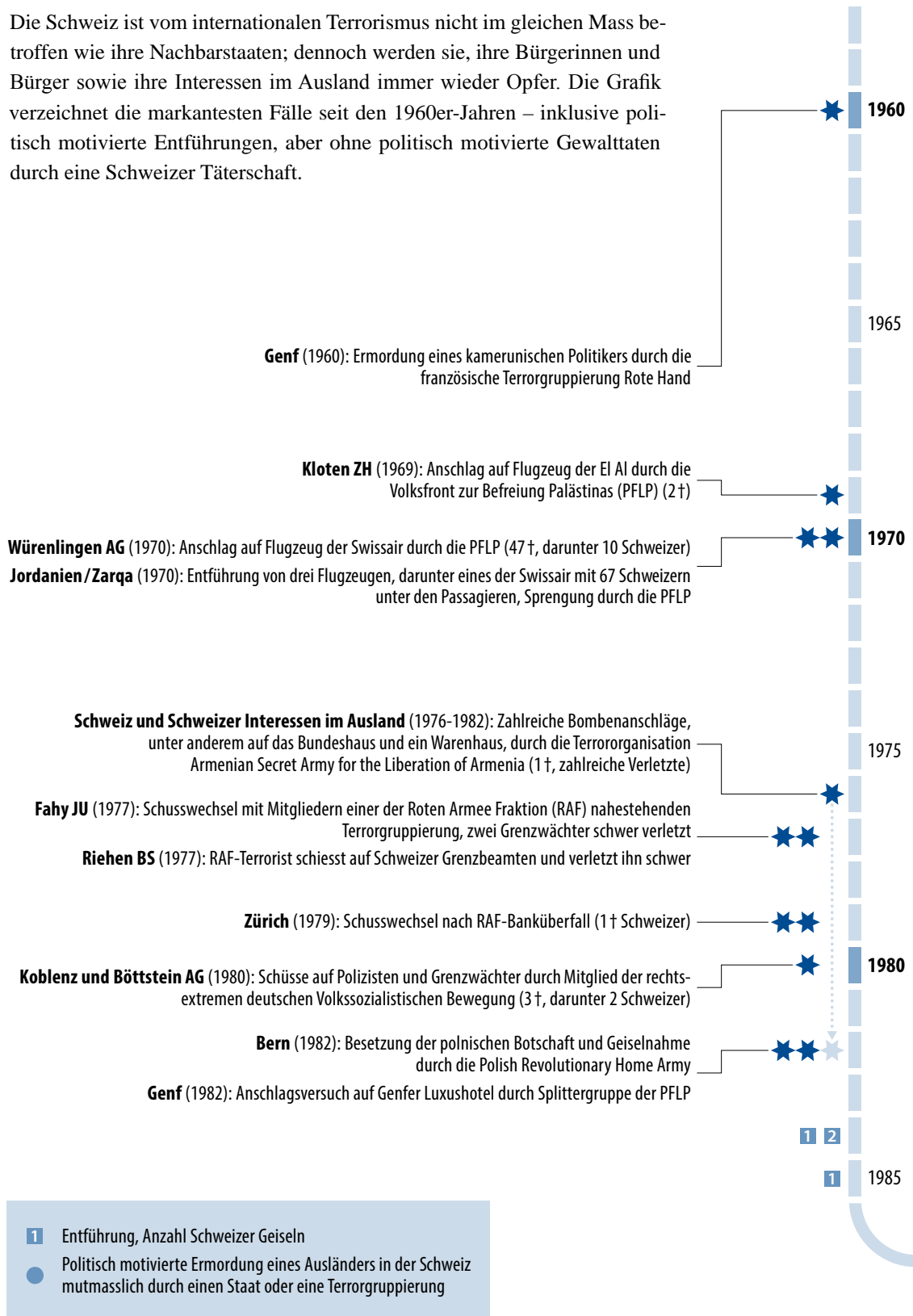
- Weil die Reisenden manchmal mit so vielen und widersprüchlichen Informationen konfrontiert werden, dass sie diese nur schwer einordnen können, helfen ihnen die Reisehinweise bei der Wahl der Feriendestination.
 - Weil das EDA durch seine Botschaften und Konsulate im Ausland gut vernetzt ist und auch Informationen anderer Bundesstellen, zum Beispiel jene des Nachrichtendienstes, integriert, kann es für seine Reisehinweise eine ausgewogene Lageeinschätzung vornehmen.
 - Weil das EDA keine finanziellen Interessen verfolgt, wird es von der Reisebranche und der Bevölkerung als unabhängig und vertrauenswürdig geschätzt.
- Die Reisehinweise empfehlen Vorsichtsmaßnahmen, um die Risiken zu vermindern,
- weil das EDA vom Bundesrat den Auftrag erhalten hat, auf mögliche Risiken bei Auslandsreisen aufmerksam zu machen
 - weil es möchte, dass die Traumferien nicht zu Albträumen werden
 - und weil sich Risiken nur vermindern lassen, wenn man sie kennt.
- Im Extremfall rät das EDA von Reisen in ein bestimmtes Gebiet oder Land ab,
- weil das EDA wegen der besonderen Gefahrenlage Reisen dorthin als zu risikoreich einschätzt
 - und weil das EDA oft nur beschränkten oder gar keinen Zugang zu Krisengebieten hat und deshalb die Schweizer Mitbürgerinnen und Mitbürger dort nur beschränkt oder gar nicht unterstützen kann. ■

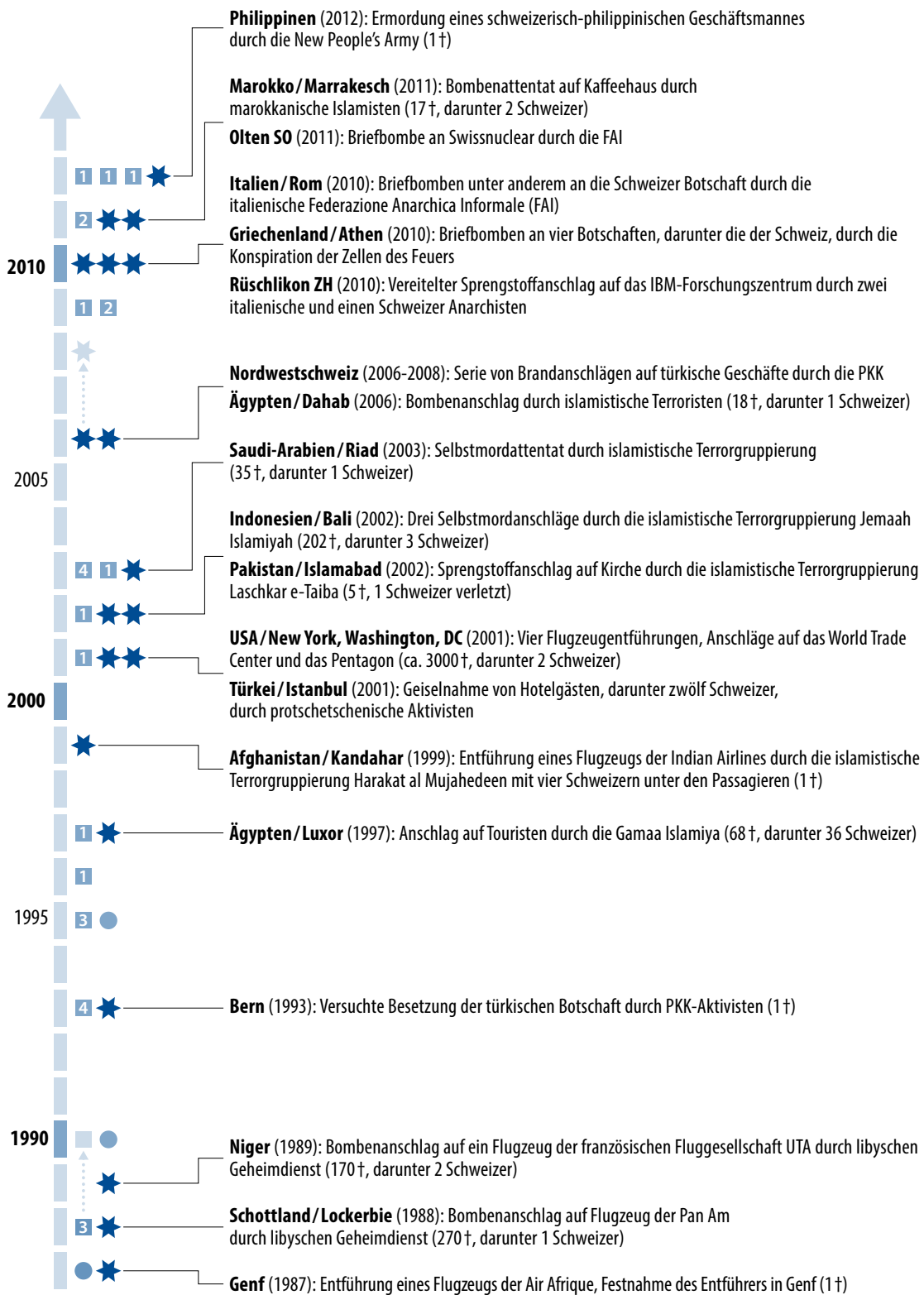
Im Internet unter

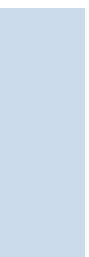
www.eda.admin.ch/reisehinweise
www.dfae.admin.ch/voyages
www.dfae.admin.ch/viaggi
[www.twitter.com/travel_edadfae](https://twitter.com/travel_edadfae)

Internationaler Terrorismus und die Schweiz

Die Schweiz ist vom internationalen Terrorismus nicht im gleichen Mass betroffen wie ihre Nachbarstaaten; dennoch werden sie, ihre Bürgerinnen und Bürger sowie ihre Interessen im Ausland immer wieder Opfer. Die Grafik verzeichnet die markantesten Fälle seit den 1960er-Jahren – inklusive politisch motivierte Entführungen, aber ohne politisch motivierte Gewalttaten durch eine Schweizer Täterschaft.

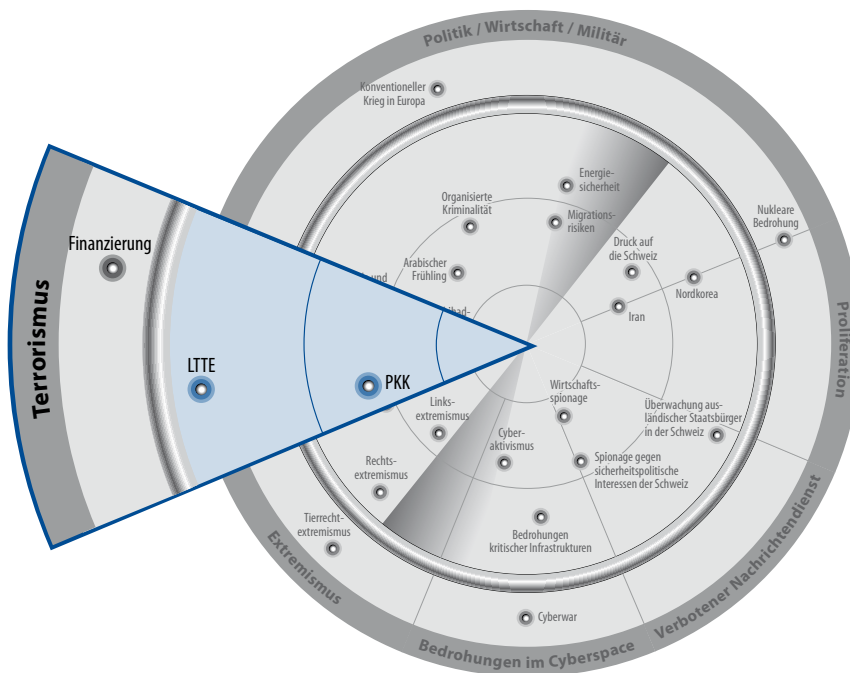






Ethno-nationalistisch motivierter Gewaltextremismus und Terrorismus

Im Bereich der ethno-nationalistischen gewaltextremistischen und terroristischen Bewegungen ist für die Schweiz insbesondere die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) von Interesse. Europaweit finden immer wieder zahlreiche Protestveranstaltungen zugunsten der PKK statt. Auch in der Schweiz kommt es regelmässig zu Veranstaltungen, wobei sich die PKK bemüht, nicht als gewalttätige Gruppierung wahrgenommen zu werden. Für die weitere Entwicklung der Lage im PKK-Umfeld ist insbesondere der Gesundheitszustand Öcalans zentral. Von den Nachfolgeorganisationen der tamilischen Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) in Europa und in der Schweiz geht derzeit wenig Aktivität aus; die Minderheitenproblematik in Sri Lanka ist allerdings weiterhin ungelöst.



LAGE

PKK: Schwere Auseinandersetzungen im Kurdengebiet

In der Schweiz ist im Bereich der ethno-nationalistischen gewaltextremistischen und terroristischen Bewegungen insbesondere die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) von Interesse. Im Südosten der Türkei war die Lage auch 2012 angespannt. Im Grenzgebiet zum Nordirak fanden weiterhin Gefechte zwischen den türkischen Streitkräften und PKK-Rebellen mit beidseitig hohen Verlusten statt. Die Auseinandersetzungen waren im Vergleich zu den Vorjahren heftiger und zahlreicher.

Parallel zu ihren militärischen Massnahmen gegen die PKK versucht die türkische Regierungspartei AKP, die kurdische Bevölkerung mit einer geplanten Verfassungsreform zu gewinnen und hat auch bereits Liberalisierungsschritte unternommen. Es fanden zudem Gespräche zwischen dem türkischen Nachrichtendienst und dem inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan statt.

PKK: Vereinzelte Ausschreitungen bei Demonstrationen in Europa und Dreifachmord in Paris

Wiederum fanden europaweit zahlreiche Protestveranstaltungen für die Freilassung Öcalans statt, so beispielsweise ein kurdischer Marsch von Genf nach Strassburg (Frankreich) und Grossdemonstrationen in mehreren europäischen Städten. Thema von Protesten waren aber auch gerichtliche Massnahmen gegen die PKK in Europa, wie etwa die Verurteilung des kurdischen Senders Roj TV zu einer Geldbusse in Dänemark.

Anlässlich solcher Demonstrationen waren europaweit vereinzelt gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen türkischen und kurdischen Jugendlichen festzustellen. In Deutschland kam es im September 2012 anlässlich von kurdischen Protestaktionen zweimal zu gewaltsamen Ausschreitungen gegen die Ordnungskräfte. Während eines kurdischen Kulturfests in Mannheim mit rund 40'000 Teilnehmerinnen



und Teilnehmern entzündete sich ein Streit um das Mitführen einer in Deutschland verbotenen PKK-Fahne, was zu Randalen von mehreren hundert Kurden gegen die Polizei führte. Dabei wurden alleine bei den Ordnungskräften achtzig Personen verletzt und 13 Einsatzfahrzeuge beschädigt.

In der Schweiz kam es ebenfalls zu einer Reihe von Veranstaltungen von Anhängern der PKK, so beispielsweise vor dem UNO-Hauptsitz in Genf und verschiedentlich in anderen Städten, insbesondere in Zürich, Basel und Bern. In einigen Fällen wurden auch Medienunternehmen kurzzeitig besetzt. Die Anlässe verliefen mehrheitlich friedlich, wenn auch nicht alle im Vorfeld behördlich bewilligt worden waren.

In Paris wurden am 9. Januar 2013 drei PKK-Exponentinnen ermordet, darunter eine Mitbegründerin der Organisation; die Täterschaft war bei Redaktionsschluss noch ungeklärt.

LTTE: Wenig Aktivitäten von Nachfolgeorganisationen

Nach dem Sieg der sri-lankischen Armee über die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) und dem Tod ihres Chefs Velupillai Prabhakaran im Mai 2009 gelten die LTTE in Sri Lanka als zerschlagen. Die anhaltend strengen Sicherheitsvorkehrungen im Norden und Osten

Sri Lankas verhindern das Entstehen von Nachfolgeorganisationen oder eines organisierten Widerstands.

Bis heute zeigen sich keine klaren Nachfolgestrukturen in der Diasporagemeinschaft. Aktuell lassen sich mehrere Lager identifizieren, die den politischen Kampf für einen eigenen tamilischen Staat in Sri Lanka weiterführen wollen; vom gewaltsamen Kampf distanzieren sich zumindest offiziell alle bekannten Organisationen. Diese sind insbesondere in Ländern mit grosser tamilischer Diasporagemeinschaft wie der Schweiz aktiv. Die Hintergründe des Mordes am ehemaligen LTTE-Chef in Frankreich im November 2012 lagen bei Redaktionsschluss noch weitgehend im Dunkeln.

Teils existieren auch die nationalen Ableger der LTTE weiter. Der Schweizer Ableger organisiert Propagandaveranstaltungen für die tamilische Exilgemeinschaft in der Schweiz, wobei oft LTTE-Insignien verwendet werden. Dabei wird auch Geld gespendet, dessen Verwendung nicht klar ist.

Kurdische Demonstranten an Kundgebung eines „überregionalen Bündnisses gegen Repression“ am 29. September 2012 in Basel



BEURTEILUNG

Generelle Entwicklung primär von Situation im Herkunftsland abhängig

Die Entwicklung im Bereich der ausländischen, ethno-nationalistischen gewaltextremistischen und terroristischen Gruppierungen in der Schweiz ist primär abhängig von der Lage im jeweiligen Herkunftsland und der Grösse und dem Organisationsgrad der jeweiligen Diasporagemeinschaft. Die Exilgemeinschaften sind ein potenzielles Rekrutierungsreservoir für gewaltextremistische Gruppierungen. Teile der Gemeinschaften können solche Gruppierungen freiwillig unterstützen oder werden unter massiven Druck gesetzt, dies zu tun. Eine Eskalation hin zu terroristischen oder gewaltsamen Aktionen im Herkunftsland muss allerdings nicht direkt zu einer Verstärkung der Aktivitäten in der Diaspora führen. Durch ausgebaute Netzwerke, nicht zuletzt ihrer Jugendorganisationen, können aber solche Gruppierungen kurzfristig und mit wenig bis keiner Vorwarnzeit auch nach längerer Ruhephase wieder gewaltextremistisch oder auch terroristisch tätig werden.

PKK will in Westeuropa nicht als gewalttätige Gruppe wahrgenommen werden

Was die PKK betrifft, blieb mit Ausnahme von Deutschland und einigen Auseinandersetzungen in Frankreich die Lage in Westeuropa und insbesondere in der Schweiz in den vergangenen Monaten ruhig. Obwohl in den kurdischen Gebieten heftige Kämpfe im Gang waren und Anschläge verübt wurden, veränderte sich das Verhalten der PKK in den europäischen Diasporagemeinschaften bis anhin nicht. Die PKK forderte anlässlich der üblichen Gedenktage die Freilassung Öcalans und beschuldigte die türkische Regierung der Unterdrückung, ohne sich auf die aktuellen Ereignisse in den Kurdengebieten zu beziehen. Die PKK-Führung scheint Wert darauf zu legen, in Westeuropa nach aussen nicht als gewalttätige Gruppe wahrgenommen zu werden, während sie gleichzeitig innerhalb der Kurden-gemeinschaft mit den Angriffen Propaganda betreibt, ihre Anhänger damit motiviert und die Unterstützung verstärkt.



Farbanschlag auf ein türkisches Reisebüro in Bern, 10. November 2012

LTTE: Minderheitenproblematik weiterhin ungelöst

Die sri-lankische Regierung hat es versäumt, nach dem Ende der Kämpfe 2009 einen Versöhnungsprozess zwischen Tamilen und Singhalesen anzustossen. Ein erneutes Aufflammen von Kämpfen ist allerdings wegen der rigiden Sicherheitsvorkehrungen, der Kriegsmüdigkeit der tamilischen Bevölkerung im Osten und Norden des Landes sowie dem Fehlen eines Nachfolgers von Prabhakaran in den nächsten drei bis fünf Jahren kaum wahrscheinlich.

Der Wunsch nach einem eigenen Staat ist in der tamilischen Diasporagemeinschaft jedoch immer noch verbreitet. Es besteht allerdings Uneinigkeit darüber, ob der Kampf auf politischem Weg oder auch mit anderen Mitteln ausgefochten werden soll. Unter Umständen könnte der Mord am ehemaligen LTTE-Chef von Frankreich Ausdruck von Rivalitäten um die Nachfolgefrage sein. Momentan liegen keine konkreten Hinweise auf den Wiederaufbau einer gewalttätigen tamilischen Separatistenbewegung vor. Sollte es in Sri Lanka nicht gelingen, eine Vertrauensbasis zwischen Singhalesen und Tamilen zu schaffen oder sollte die tamilische Bevölkerungsminderheit zunehmend Repressionen durch die Regierung ausgesetzt sein, könnte dies zum erneuten Entstehen einer bewaffneten tamilischen Bewegung beitragen.

AUSSICHTEN

Gesundheitszustand Öcalans für weitere Entwicklung im PKK-Umfeld zentral

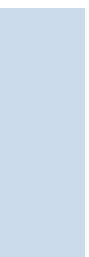
Die kurdische Diasporagemeinschaft in Europa spielt für die PKK in den Bereichen Propaganda, Geldbeschaffung sowie Rekrutierung und Ausbildung weiterhin eine zentrale Rolle. Grundsätzlich bleibt die PKK in der Lage, ihre Anhängerschaft in der kurdischen Diasporagemeinschaft je nach Entwicklung des Konflikts in der Türkei rasch und in hoher Anzahl zu mobilisieren. Die kurdische Jugend ist zu diesem Zweck ihr bevorzugtes Instrument. Deshalb dürften allfällige gewaltsame Aktionen hierzulande, wie 2012 bei den Vorfällen in Deutschland, vorwiegend durch Gruppen jugendlicher Kurden ausgeführt werden. Solange der Konflikt in der Heimat jedoch nicht weiter eskaliert und es nicht zu ausserordentlichen Zwangsmassnahmen seitens türkischer oder europäischer Behörden kommt, ist weder bei Kundgebungen noch bei spontanen Aktionen mit grösserer Gewaltanwendung zu rechnen.

Kurzzeitige Lageverschärfungen, der Eindruck steigender PKK-Opferzahlen in den Kurdengebieten, über längere Zeit fehlende Informationen zur Gesundheit Öcalans oder eine Repressionswelle in der Türkei oder in Europa können aber jederzeit auch in der Schweiz wieder zu einer erhöhten Gewaltbereitschaft der kurdischen Diasporagemeinschaft führen. Bei einer schwereren Beeinträchtigung der Gesundheit des mittlerweile bald 65-jährigen

PKK-Führers oder dessen Tod in Gefangenschaft ist nach wie vor mit gewaltsamen Protestaktionen und Anschlägen in ganz Europa zu rechnen.

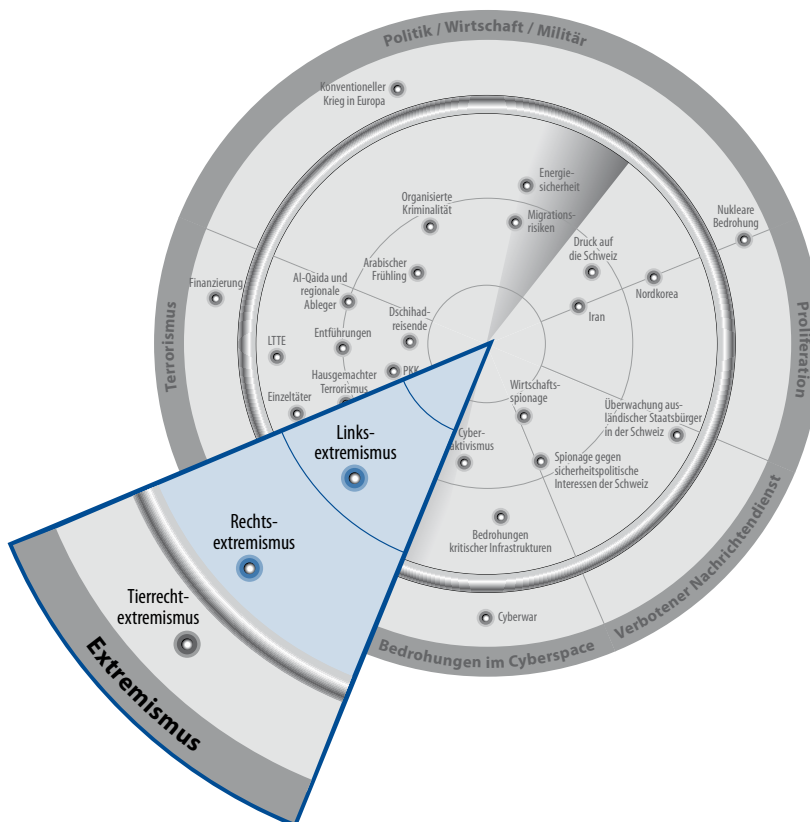
LTTE: Keine Hinweise auf ehemalige Kader oder Kämpfer in der Schweiz

Die Schweiz mit ihrer grossen tamilischen Diasporagemeinschaft von rund 50'000 Personen ist von der Entwicklung in Sri Lanka betroffen. In der Vergangenheit galt die tamilische Diasporagemeinschaft in der Schweiz als wichtige Stütze der LTTE. In kleinerem Ausmass kommt es auch weiterhin zu Propagandaveranstaltungen und Geldsammlungen für die LTTE und ihre Nachfolgeorganisationen. Eine Zuspitzung der Lage in Sri Lanka könnte eine Intensivierung der Aktivitäten von Tamilen in der Schweiz mit sich bringen. Momentan gibt es aber in der Schweiz keine bestätigten Hinweise darauf, dass sich hohe ehemalige LTTE-Kader oder LTTE-Kämpfer in der Schweiz aufhalten und von hier aus Einfluss auf die tamilische Diasporagemeinschaft in oder ausserhalb der Schweiz auszuüben versuchen. ■



Rechts-, Links- und Tierrechttextremismus

Der gewalttätige Extremismus ist in der Schweiz keine staatsgefährdende Grösse. Hierzulande fällt der Rechtsextremismus seit geraumer Zeit kaum mehr durch Gewalttaten auf. In den vergangenen zwölf Monaten hat sich auch die Lage im Bereich Linksextremismus leicht entspannt. Die anhaltende Tendenz im Bereich Rechtsextremismus ist die Folge eines Rückzugs aus der Öffentlichkeit: Eine gewisse Beunruhigung wegen möglicher klandestiner Aktivitäten bleibt bei den Sicherheitsorganen jedoch bestehen. Die leichte Lageentspannung im Bereich gewalttätiger Linksextremismus dürfte dagegen die Folge taktischer Zurückhaltung und strafrechtlicher Präventionseffekte sein.



LAGE

Ereignisse: Leichte Lageentspannung

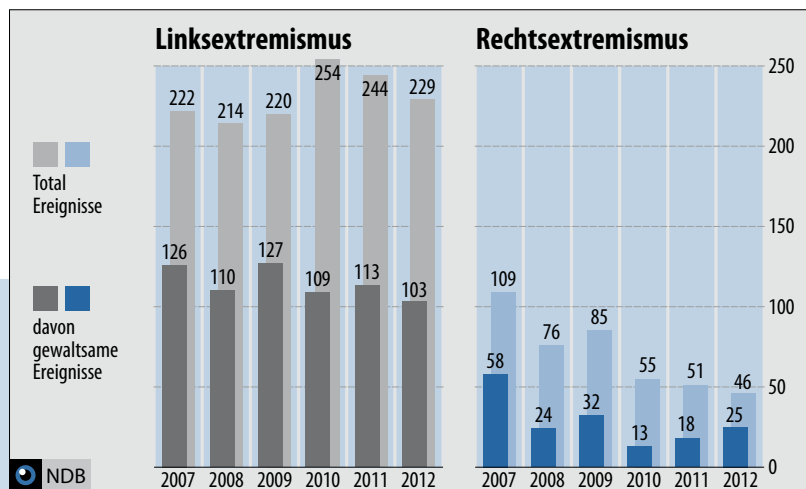
Dem NDB wurden im Jahr 2012 im Bereich des gewalttätigen Rechtsextremismus 46 Ereignisse, im Bereich des gewalttätigen Linksextremismus 229 Ereignisse bekannt; blosses Schmierereien wurden nicht mitgezählt. Die Anzahl der festgestellten Ereignisse ist im Bereich Linksextremismus um sechs Prozent, im Bereich Rechtsextremismus um zehn Prozent zurückgegangen. Aussagekräftiger als diese Jahresschwankungen, die zudem aufgrund der geringen Nominalwerte für erhebliche prozentuale Bewegung sorgen, ist allerdings der Vergleich über mehrere Jahre: die Aktivitäten der Szenen sind quantitativ stabil – auf vergleichsweise hohem Niveau im Bereich Linksextremismus, auf tiefem im Bereich Rechtsextremismus.

Die Lage im Bereich Gewaltextremismus hat sich leicht entspannt. Die Zahlen bedürfen jedoch beschreibender Qualifizierung. Mit Gewalt verbunden waren rund 45 Prozent der beim Links-, gut 54 Prozent der beim Rechtsextremismus verzeichneten Ereignisse, doch umfasst der Begriff „Gewalt“ Verschiedenes.

Gewalt zeigt sich bei den Linksextremen als Angriffe mit Steinen, Flaschen oder Feuerwerk, sehr selten mit Chemikalien wie Buttersäure

nicht nur auf Sachen, sondern auch auf Personen. Angriffe auf die Polizei und andere Sicherheitskräfte, aber auch Tötlichkeiten gegen Passanten im Umfeld linksextremer Aktionen gehören hierzu. Gewalt wird zudem gegen Sachen verübt, beispielsweise als Brandstiftung oder in Form von Farbanschlägen – derzeit sind meist Gebäude Ziel solcher Angriffe und nur noch vereinzelt Fahrzeuge. Linksextreme setzen weiterhin handelsübliche Pyrotechnik ein – auch gegen Personen. Die szenetypischen Sprengstoffanschläge mit modifizierten Feuerwerkskörpern bleiben jedoch selten; nur im Kontext des World Economic Forum (WEF) 2013 wurden in der Nacht auf den 24. Januar 2013 im Kanton Zürich zwei Anschläge mit unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV) verübt. Die Revolutionäre Jugend Zürich (RJZ) bekannte sich im Internet zu den Anschlägen.

Mit Farbe und Feuer hantieren auch die Rechtsextremen; sie verübten Farbanschläge auf Sachen, mehrmals waren aber auch Körperverletzungen zu verzeichnen, in einem Fall als Folge einer Messerstecherei. Zwei Mordversuche von Rechtsextremen sind noch Gegenstand strafrechtlicher Untersuchungen, haben aber mutmasslich einen kriminellen oder persönli-



Dem NDB gemeldete rechts- oder links-extrem motivierte Ereignisse seit 2007 (ohne Schmierereien)

chen und nicht einen ideologischen, rechtsextremen Hintergrund.

Vereinzelt waren Zusammenstösse zwischen Rechts- und Linksextremen zu verzeichnen: So wurde im Juni 2012 in Genf ein Linksextremer von Rechtsextremen angegriffen und mit Messerstichen schwer verletzt, während im Mai in Basel Linksextreme spontan gegen eine Gruppe Rechtsextremer mobil machten, ihnen die mitgeführten Fahnen abnahmen und vor dem Bahnhof verbrannten. Gewalt zwischen Gewaltextremisten verschiedener Couleur ist in der Schweiz jedoch zum einen deswegen selten, weil die Rechtsextremen mittlerweile den öffentlichen, provokanten Auftritt meiden. Zum andern verhindert bei bekannten Aktivitäten der einen Seite das Dispositiv der Sicherheitskräfte ein Zusammentreffen mit Exponenten der Gegenseite.

Rechtsextremismus

Weiterhin bleiben Gewaltakte Rechtsextremer situativ und folgen keiner Strategie. Sie haben zumindest teilweise einen persönlichen und nicht einen ideologischen, rechtsextremen Hintergrund, auch wenn ein Täter zweifelsfrei der Szene zuzurechnen ist.

Vereinzelt sind jedoch Übergriffe auf Einrichtungen des Asylwesens zu registrieren. So drangen in Brittnau AG im Januar 2012 drei Rechtsextreme in die Asylunterkunft ein, besprühten die Anwesenden mit Putzmitteln und bedrohten sie. Im April und Mai 2012 wurde binnen Wochenfrist zweimal ein Brandanschlag auf das Durchgangszentrum in Affoltern am Albis ZH verübt. Die Täterschaft ist unbekannt, ein Zusammenhang mit der rechtsextremen Szene ist

nicht gesichert. Sehr wahrscheinlich besteht ein solcher Zusammenhang jedoch im Fall eines Farbanschlags auf die Asylunterkunft in Hütten ZH im Juli 2012, versprayedoch die noch unbekannte Täterschaft die Unterkunft mit Hakenkreuz, Keltenkreuz und dem Kürzel „WP“ für „White Power“.

Mehrere Körperverletzungen hatten einen fremdenfeindlichen oder ideologischen Hintergrund. Rechtsextreme sind zum Teil bewaffnet und setzen die mitgeführten Waffen gegebenenfalls ein. Schusswaffen werden gesammelt, gehandelt und möglicherweise auch über die Grenze geschmuggelt. Die Affinität der Rechtsextremen zu Waffen bleibt bestehen; es ist aufgrund von Erkenntnissen aus Hausdurchsuchungen – in der Regel als Zufallsfunde – anzunehmen, dass in der Szene vielfach grössere Sammlungen funktionstüchtiger Waffen bestehen.

Da sich die Szene bedeckt hält, finden grössere Veranstaltungen wie Skinheadkonzerte sehr selten hiezulande statt. Skinheadveranstaltungen im Ausland werden auch von Schweizer Rechtsextremen besucht; je näher der Veranstaltungsort, desto mehr Schweizer sind dort anzutreffen. Ein Ereignis fällt allerdings aus dem Rahmen: Erstmals riefen mehrere rechtsextreme Gruppierungen gemeinsam zur traditionell jeweils am Wochenende nach dem Bundesfei-



Farbanschlag auf eine Asylunterkunft
im Kanton Zürich, 7. Juli 2012

ertag nachgeholten 1.-August-Feier auf. Am 5. August marschierten 200 Rechtsextreme zu dieser Feier auf dem Rütli auf. Von offiziellen Feiern historischer Gedenktage können Rechtsextreme derzeit ferngehalten werden, oder sie bleiben solchen Feierlichkeiten aus freien Stücken fern.

Linksextremismus

Linksextreme Gruppierungen suchen für ihre Themen die Öffentlichkeit. So reagieren sie trotz dezidierter Abgrenzung zu etablierten Medien und politischen Institutionen auch auf die Tagesaktualität. Wahlen auf Bundesebene und thematisch einschlägige Abstimmungskämpfe beziehungsweise -resultate sind Ereignisse, die sich auf die öffentliche Präsenz gewalttätiger linksextremer Gruppierungen auswirken. Sie bieten Gelegenheiten, gegen ihr Feindbild, die Schweizerische Volkspartei, oder gegen die Asylpolitik der Schweiz zu demonstrieren, nutzen Linksextreme weiterhin. Die gewalttätige linksextreme Szene kann aber Themen nicht selbstständig auf die Tagesordnung der Öffentlichkeit setzen, auch wenn sie sich darum bemüht.

Das WEF in Davos und der Tag der Arbeit sind derzeit die beiden wichtigsten jährlich wiederkehrenden Anlässe, die den Linksextremen

eine Plattform bieten können. Ihre Bedeutung ist jedoch eingeschränkt, da die Proteste gegen das WEF nicht gewaltbereite Globalisierungsgegner nicht mehr mobilisieren und die Sicherheitskräfte Ausschreitungen auch am 1. Mai schon im Ansatz unterbinden. Die jeweiligen Sicherheitsdispositive bleiben notwendig, weil sie ein wichtiger Grund sind, dass die Veranstaltungen friedlich verlaufen können. Die linksextreme Szene bewirtschaftet deshalb im Wesentlichen ihre eigenen Themen und bleibt damit auf sich gestellt. Nebst folgenlosen Versuchen, sich in Arbeitskämpfen zu engagieren, sind hauptsächlich zwei grosse Themenkomplexe auszumachen: zum einen „Gefangenensolidarität“ mit ihrem Gegenstück „Repression“ und zum anderen die „kapitalistische Wirtschaftsordnung“, die in ihren Augen die Weltordnung schlechthin ist.

Im Kampf gegen die „kapitalistische Wirtschaftsordnung“ werden immer wieder Unternehmen, hauptsächlich Banken oder Versicherungen, Ziel von Anschlägen oder von Sabotageaktionen. Während solche Anschläge teils hohen Sachschaden anrichten, haben linksextreme Gruppierungen derzeit mit Protesten gegen Einzelveranstaltungen an Hochschulen teilweise Erfolg, das heisst, es gelingt ihnen, Vorträge zu verhindern. Sie scheiterten



Überreste der Sprengvorrichtung, die beim Anschlag auf eine Filiale der Bank Credit Suisse in Zürich-Hottingen eingesetzt wurde, 24. Januar 2013

zwar daran, Vertreter von Institutionen wie die Direktorin des Internationalen Währungsfonds oder den Nato-Generalsekretär an ihren Reden zu hindern, reüssierten aber gegen Privatpersonen: Veranstaltungen mit dem Nestlé-Verwaltungsratspräsidenten oder einem ehemaligen deutschen Aussenminister wurden abgesagt.

Unter dem Titel „Kampf gegen die Repression“ werden Polizei und Sicherheitskräfte direkt oder indirekt – beispielsweise mit Anschlägen auf Polizeiposten – angegriffen. Insbesondere die Berner Reitschule ist häufig Ausgangspunkt solcher Angriffe und Rückzugsraum der Täterschaft. Als Gegenstück dient die Gefangenensolidarität, die sich nebst Anschlägen auch in sogenannten Knastspaziergängen manifestiert, bei denen regelmässig Feuerwerk zum Einsatz kommt. In den vergangenen Monaten wurden in verschiedenen Zusammenhängen Linksextreme verhaftet, was in den jeweiligen lokalen Szenen und teils auch unter ihnen grosse Solidaritätsanstrengungen auslöste. Auf die in der Schweiz Inhaftierten mit Ausstrahlung in die internationale linksextreme Szene wird noch zurückzukommen sein. Zur Gefangenensolidarität gehört jeweils auch die Begleitung von Prozessen. Die Szene ist präsent, die Aktivisten halten sich jedoch zurück, um den Angeklagten keinen Bärendienst zu erweisen. Zurückhaltung als Taktik mag insgesamt ein wichtiges Element der derzeitigen Lage sein, stand doch das Urteil gegen zwei Exponentinnen des Revolutionären Aufbaus Zürich (RAZ) zur Prüfung durch das Bundesgericht an. Im September 2012 bestätigte das Bundesgericht beide Urteile.

Erwähnenswert bleiben abschliessend „Reclaim the Streets“-Veranstaltungen und ähnliche Anlässe, bei denen in der einen oder anderen Form „Freiräume“ gefordert oder temporär „geschaffen“ werden. Diese Veranstaltungen werden nur ausnahmsweise von der linksextremen Szene organisiert, aber teils als Deckmantel benutzt und können für gewaltsame linksextreme Aktionen instrumentalisiert werden.

Internationale Verbindungen des Linksextremismus

Anders als die bislang auf persönliche grenzüberschreitende Kontakte beschränkten Rechtsextremen arbeitet ein Teil der gewalttätigen Linksextremen – und mit ihnen auch einige gewaltbereite Tierrecht extremisten – mit verwandten Gruppierungen im Ausland zusammen. Zu nennen ist hier insbesondere der RAZ, der eines der Generalsekretariate des Secours Rouge International (SRI) führt und als eine seiner treibenden Kräfte anzusehen ist. Der SRI bemüht sich seit Langem darum, auch Solidaritätsaktionen und Prozessbegleitung für ausländische Linksextreme zu organisieren; in



Aufruf zur Gefangenensolidarität – Plakat vom September 2012 in Basel

den letzten Jahren galt sein Engagement vor allem Exponenten aus Italien und Griechenland.

Personelle Bezüge dürften auch zur Federazione Anarchica Informale (FAI) in Norditalien bestehen. Diese verübte am 7. Mai 2012 in Genua einen Anschlag auf den Vorstandsvorsitzenden einer italienischen Firma und erklärte im Bekenner schreiben ihre Solidarität mit vier in der Schweiz Inhaftierten. Die drei wegen eines im Jahr 2010 geplanten Bombenanschlags auf das Forschungszentrum der IBM in Rüschlikon ZH erstinstanzlich Verurteilten wurden im Sommer und Herbst 2012 aus dem Strafvollzug entlassen; allerdings gab das Bundesgericht in zwei der drei Fälle dem Rekurs statt und wies die Fälle im November 2012 erneut dem Bundesstrafgericht zu. Der vierte Inhaftierte, der gewalttätige Umweltaktivist und Anarchist Marco Camenisch, hat noch bis 2018 eine Haftstrafe wegen Mordes zu verbüssen. Im Juni 2012 wurden in Italien acht Personen im Zusammenhang mit den Anschlägen der FAI verhaftet; gleichzeitig wurde in demselben Zusammenhang auch ein Haftbefehl gegen Camenisch erlassen.

Schweizer Linksextreme und Tierrecht extremisten arbeiten derzeit mit Linksextremen, insbesondere anarchistischen Umweltaktivisten, in Norditalien zusammen. Hauptsächlich sind es die Linksextremen, die namentlich den Kampf gegen den Bau der Hochgeschwindigkeitsbahnverbindung zwischen Turin (Italien) und Lyon (Frankreich) durch das Susatal unter dem Titel „No TAV“ unterstützen. In diesem Zusammenhang sind auch Proteste und Sach-

beschädigungen in der Schweiz festzustellen. Schweizer Linksextreme setzen sich auch gegen das Flughafenprojekt Notre-Dame-de-Landes in Frankreich ein.

Tierrecht extremistismus

Die personelle Basis, die fähig und willens wäre, eine gewaltsame Tierrechtskampagne in der Schweiz zu führen, ist schmal. Dies kann zu längeren Phasen ohne markante Ereignisse führen. Eine Sprayerei mit Bekennung der Animal Liberation Front (ALF) anfangs August im Tessin und zwei Farbanschläge auf ein Pelzgeschäft in Bern im Verlaufe desselben Monats können als Beispiele aus den vergangenen zwölf Monaten genannt werden. In der Schweiz werden die Kampagnen derzeit überwiegend ohne Gewalt und mit legalen Mitteln geführt.

BEURTEILUNG

Rechtsextremismus

Die gewalttätige rechtsextreme Szene hat im vergangenen Jahrzehnt lernen müssen, dass ihre Ideologie in der Schweiz wenig Anklang findet und sich auch nicht durch Mässigung und Teilnahme am politischen System salonfähig machen lässt. Die Bestrebungen nach politischer Partizipation sind bisher gescheitert, und damit entfällt teilweise auch einer der Gründe, die zu Zurückhaltung bei öffentlichen Provokationen und Gewaltausübung führten. Diese Bremse fehlt nun, allerdings dürften den Exponenten auch die persönlichen Konsequenzen deutlich bewusst geworden sein – wer als Rechtsextremer erkannt wird, muss beispielsweise um sein berufliches Fortkommen bangen.

Die Szene ist auf sich selbst zurückgeworfen; das seit Jahren feststellbare und mittlerweile fast durchgängig zu beobachtende klandestine Verhalten zeigt dies deutlich. Die Möglichkeiten sich via social media unauffällig zu vernetzen, dürften diesem Trend eine zusätzliche Basis geben. Vereinzelte Gewaltausübung widerspricht diesem Befund nicht, sondern bleibt möglich, wenn auch derzeit wenig wahrscheinlich; häufig setzt Alkohol dabei die Hemmschwellen herab. Eine Beunruhigung wegen klandestiner Aktivitäten bleibt bei den Sicherheitsorganen bestehen.

Verfahren gegen Rechtsextreme in Deutschland

Nach der Entdeckung der drei Personen umfassenden sogenannten Zwickauer Zelle, die mittlerweile unter ihrem selbstgewählten Namen Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) bekannt ist, hat Deutschland seine Anstrengungen im Kampf gegen den Rechtsextremismus verstärkt. Dies führte unter anderem zur Einleitung mehrerer Strafverfahren, die mit demjenigen gegen den NSU nicht in direktem Zusammenhang stehen. In diesen Verfahren finden die deutschen Behörden auch Spuren, die über die bei den Taten verwendeten Schusswaffen in die Schweiz führen. Alle bisher bekannt gewordenen und überprüften Hinweise bestätigen das Bild, das der NDB bisher von der Schweizer rechtsextremen Szene hatte: Es bestehen persönliche Kontakte nach Deutschland, deren Zahl und Art es jedoch weiterhin nicht rechtfertigt, von institutionalisierten Beziehungen zu sprechen. Es gibt auch keine Hinweise, dass Rechtsextreme aus der Schweiz an schweren Straftaten direkt beteiligt waren. Hingegen konnte der NDB feststellen, dass in den letzten Jahren Rechtsextreme aus Deutschland in der Schweiz Wohnsitz nahmen. Die Übersiedlung dürfte primär persönliche, insbesondere wirtschaftliche Gründe haben, jedenfalls gibt es bisher keine Hinweise darauf, dass rechtsextreme Strukturen von Deutschland in die Schweiz verlagert werden, dass zugezogene deutsche Rechtsextreme eine wichtige Rolle in der Schweizer Szene spielen oder in der Schweiz Straftaten planen.

Linksextremismus

Mit der Haftentlassung der drei wegen des geplanten Anschlags auf das IBM-Forschungszentrum Verurteilten – die italienische Staatsbürgerin und der italienische Staatsbürger dürfen die Schweiz zudem in den nächsten fünf Jahren nicht betreten, ihr Rekursverfahren war allerdings wie erwähnt bei Redaktionsschluss dieses Berichts noch hängig – dürfte eine wichtige Motivation für Anschläge der FAI in der Schweiz oder auf Schweizer Interessen wie zuletzt im März 2011 entfallen. Mit Marco Camenisch besteht aber weiterhin ein Motiv, und die FAI dürfte damit fortfahren, auch im Ausland Anschläge zu verüben – potenzielle Anschlagziele gibt es auch in der Schweiz. Einzelne Zellen der FAI dürften aber durch die Erfolge der italienischen Sicherheitsbehörden geschwächt sein; so blieben um Weihnachten 2012 die FAI-typischen Anschläge aus. Der Revolutionäre Aufbau Schweiz (RAS) beziehungsweise seine Zürcher Sektion bleibt der Taktgeber des größeren Teils der linksextremen Szene, die Gewaltbereitschaft der Szene wird er aber nicht

beliebig beeinflussen können und auch nicht Einzelne zu schweren Gewalttaten motivieren. Das Gewaltpotenzial ist aber – wie die USBV-Anschläge vom Januar 2013 zeigen – insgesamt als unverändert hoch einzuschätzen, und allenfalls könnten aus dem Ausland stammende Linksextreme dieses Potenzial mit grösseren Anschlägen in Erinnerung rufen.

Eine thematische Neuorientierung ist kurzfristig nicht zu erwarten, und die gewalttätige linksextreme Szene dürfte trotz wirtschaftlicher Krise keine grössere soziale Bewegung finden, die sie als Plattform nutzen und zu ihren Zwecken instrumentalisieren kann. Gelegenheit zur Rekrutierung bieten der gewalttätigen linksextremen Szene allenfalls die erwähnten Veranstaltungen zur Freiraum-Thematik.

Tierrechtextremismus

Ein beschränktes Gewaltpotenzial ist in der tierrechtextremistischen Szene der Schweiz vorhanden, entfaltet sich im Rahmen laufender eigener Kampagnen aber nicht. Eine in grösserem Umfang gewaltsame Vorgehensweise wurde in den vergangenen Jahren nur im Zusammenhang mit der britischen Kampagne Stop Huntingdon Animal Cruelty (SHAC) gewählt beziehungsweise in der Schweiz aktiv unterstützt. Eine Kampagne gegen die weltweit operierende amerikanische Tierversuchsfirma Harlan findet auch hierzulande Beachtung; derzeit bestehen aber keine Anzeichen, die auf ein gewaltsames Vorgehen hinweisen.



Aufruf von Tierrechtextremisten zum 1. Mai, Zürich

Gewaltbereite Tierrecht extremisten in der Schweiz stehen weiterhin der gewalttätigen linksextremen Szene nahe und in Kontakt zu gewaltbereiten Aktivisten im Ausland. Die Schweizer Szene ist ein Schnittpunkt der unterschiedlich ausgeprägten Szenen zum einen in Grossbritannien und den Niederlanden, zum anderen insbesondere in Italien. Die Schwerpunkte der kleinen gewaltbereiten Schweizer Szene liegen im Tessin, in der Westschweiz und in Zürich und auf den Kontakten zu italienischen gewaltbereiten Aktivisten.

AUSSICHTEN

Gewaltpotenzial

Das Gewaltpotenzial der drei gewaltextremistischen Szenen kann in der Schweiz generell als geringer eingestuft werden als im Ausland. Diese Aussage gilt insbesondere für mutmasslich individuell oder in kleinen Gruppen verübte grössere Straftaten, bei denen beispielsweise Schusswaffen und Sprengstoff eingesetzt werden oder Personen direkt und konkret mit Gewalt zumindest bedroht werden. Während geplante Gewalt aus einer Menge heraus oder spontane Raufhändel jederzeit möglich sind, setzen grössere Gewalttaten eine deutlich reduzierte Hemmschwelle voraus und sind nicht mehr Sache einer jeden gewaltbereiten Person. Hinsichtlich des Sprengstoffeinsatzes durch Linksextreme dürften die Verurteilungen in den vergangenen Jahren präventiv wirken. Dies wird sich allerdings erst künftig beurteilen lassen, wenn taktische Zurückhaltung als mögliches Motiv entfällt – absolut gilt die Aussage sowieso nicht, wie die USBV-Anschläge im Rahmen des WEF 2013 zeigen. Zudem kann

es aufgrund vielfältigster Ursachen auch zu Radikalisierungen kommen und damit auch zu einem Anstieg des Gewaltpotenzials – Hinweise auf solche Entwicklungen oder hin zu einer terroristischen Vorgehensweise fehlen jedoch derzeit in allen drei Szenen.

Rechtsextremismus

Es ist wenig wahrscheinlich, dass die rechtsextreme Szene ihr konspiratives Verhalten aufgibt und in naher Zukunft erneut in der einen oder anderen Form öffentlich auftritt. Dies bleibt insofern beunruhigend, weil so Absichten und Pläne nicht festgestellt werden können. Auch die registrierten Ereignisse bieten hierfür keine konkreten Anhaltspunkte. Wie sich diese Lage auf das Gewaltpotenzial auswirkt, ist schwer einzuschätzen.

Inwiefern die Szene in dieser Form längerfristig stabil bleiben kann, ist gleichfalls schwer einzuschätzen. Beispielsweise können rechtsextreme Gruppierungen im Ausland auf die Schweizer Szene Einfluss haben. So ist



Rechtsextremer posiert auf Facebook, Eintrag vom 12. Juni 2012

seit rund zwei Jahren im französisch-schweizerischen Grenzgebiet ein neues rechtstextremes Netzwerk um die gewalttätige französische Art-am Brotherhood im Entstehen begriffen, in dem auch Schweizer eine über Einzelkontakte hinaus strukturell wichtige Rolle spielen könnten. Ein generelles Wachstum der Szene ist allerdings unwahrscheinlich, eher werden sich tatsächlich politisch Interessierte abwenden und andernorts Betätigung suchen. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich aus der Konspiration ein Untergrund bildet, der schwere Gewalttaten verübt beziehungsweise terroristisch vorgeht und sich die Mittel hierzu auf kriminelle Art und Weise beschafft.

Linksextremismus

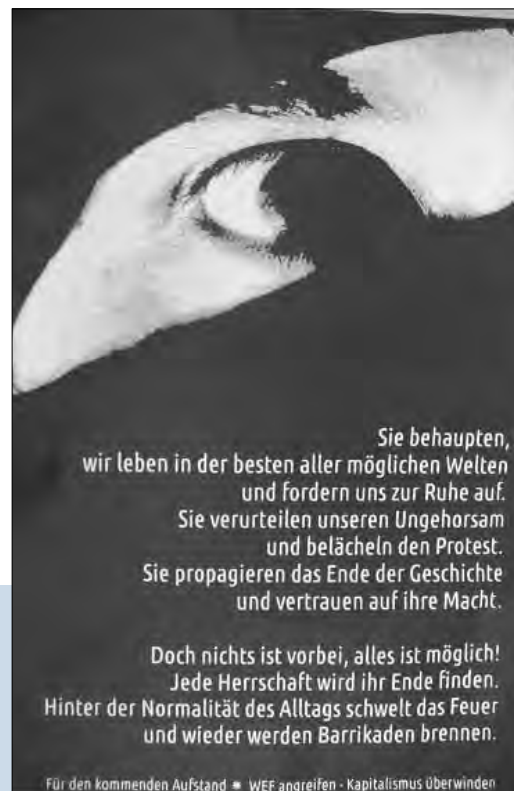
Im November 2012 wurden während einer Demonstration Aufkleber mit dem Slogan „the kids want communism“ geklebt. Der Wahrheitsgehalt der eher von heutiger Konsumkultur als vom Marxismus-Leninismus geprägten Aussage lässt sich bezweifeln; sie weist jedoch auf das Generationenproblem der linksextremen Szene hin. Zu erwarten ist, dass der Einfluss marxistisch-leninistischer Gruppierungen schwächer, der deutlich weniger theoriegeprägte Anarchismus wichtiger wird. Vieles deutet schon heute darauf hin. Es muss deshalb mit spontanen, vielfältigen und unberechenbaren Aktionen gerechnet werden und die Anschlagziele werden noch breiter gestreut sein. Vermehrt ist auch mit Sabotageakten zu rechnen, ohne dass das Gewaltniveau zwingend ansteigt. Kurzfristig ist – unter Vorbehalt des Wegfalls taktischer Zurückhaltung – nicht mit einem An-

stieg der Gewalt oder schwereren Anschlägen zu rechnen. Potenzial für Gewaltanwendung und gewaltsame Konfrontationen von Linksextremen mit den Ordnungskräften bieten weiterhin Veranstaltungen der an sich gewaltfreien Freiraumszene. In dieser Situation können sich auch Teile der Freiraumszene an den Auseinandersetzungen beteiligen.

Tierrechtstremismus

Die SHAC-Kampagne läuft weiter und die Haftentlassung einiger ihrer wichtigen Protagonisten steht bevor. Mit einer erneuten Intensivierung der Kampagne unter Einsatz von Gewalt ist in nächster Zeit jedoch nicht zu rechnen, insbesondere nicht in der Schweiz. Im Fokus der Kampagne stehen weltweit und auch in der Schweiz operierende Firmen mit Geschäftsbeziehungen zu Huntingdon Life Sciences.

Es gibt, bei weiterhin bestehendem Gewaltpotenzial, keine Anzeichen, dass eine der Schweizer Kampagnen künftig gewaltsam ge-



Plakat gegen das WEF,
Luzern, Januar 2013

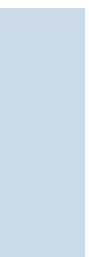
führt wird. Die Nähe gewaltbereiter Tierrecht-
extremisten zur gewalttätigen linksextremen
Szene könnte weiterhin einen Teil ihres Gewalt-
potenzials binden. Umgekehrt bleibt unwahr-
scheinlich, dass die Tierbefreiung als Ziel der
linksextremen Szene adaptiert wird.

Auftrag des NDB im Bereich Gewaltextremismus

Gemäss Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) trifft der Bund vorbeugende Massnahmen, um frühzeitig Gefährdungen unter anderem durch Terrorismus und gewalttätigen Extremismus zu erkennen und zu bekämpfen (Art. 2 Abs. 1). Unter Terrorismus sind „Bestrebungen zur Beeinflussung oder Veränderung von Staat und Gesellschaft, die durch die Begehung oder Androhung von schweren Straftaten sowie mit der Verbreitung von Furcht und Schrecken verwirklicht oder begünstigt werden sollen“ (Art. 4 Abs. 1 Bst. b Verordnung über den Nachrichtendienst des Bundes, V-NDB) und unter Extremismus „Bestrebungen von Organisationen, deren Vertreterinnen und Vertreter die Demokratie, die Menschenrechte oder den Rechtsstaat ablehnen und zum Erreichen ihrer Ziele Gewalttaten verüben, befürworten oder fördern“ (Art. 4 Abs. 1 Bst. d V-NDB), zu verstehen. Das BWIS steckt dem NDB klare Grenzen, wie er seine Aufgaben zu erfüllen hat. So darf er beispielsweise Vorgänge nur an öffentlichen und allgemein zugänglichen Orten beobachten. Auch Bild- und Tonaufzeichnungen dürfen nur an öffentlichen Orten gemacht werden. Strafprozessuale Zwangsmassnahmen wie etwa Telefonüberwachungen können nur Strafverfolgungsbehörden im Rahmen von polizeilichen Ermittlungsverfahren oder staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen einsetzen. Dies gilt auch für das Beobachten von Vorgängen in privaten Räumen.

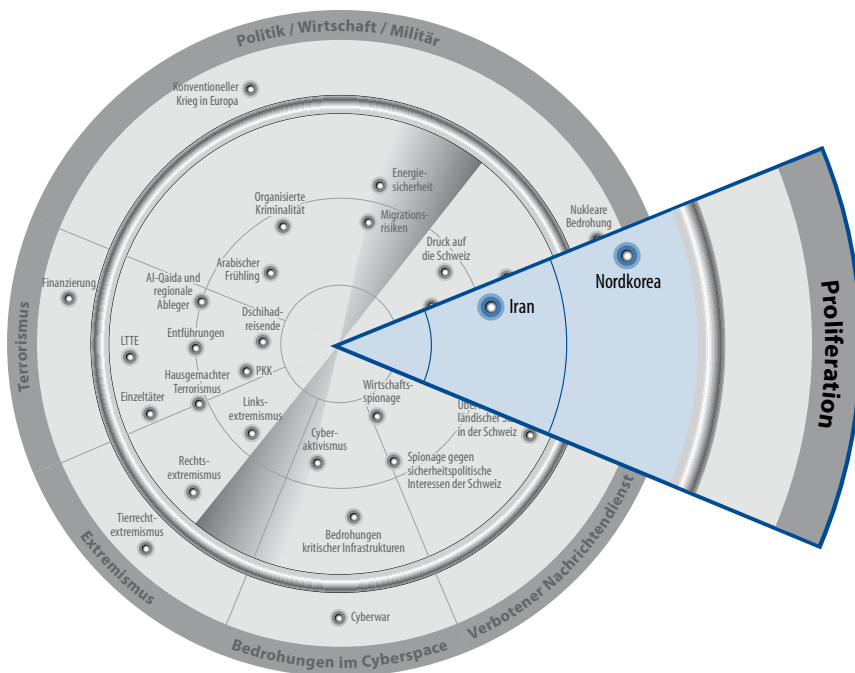
2010 hat die Geschäftsprüfungsdelegation in ihrem Bericht „Datenbearbeitung im informatisierten Staatsschutzinformationssystem ISIS“ Empfehlungen abgegeben, die unter anderem zu einer Verschärfung der Erfassungspraxis Anlass gaben. Der NDB bearbeitet Neonazis, Holocaustleugner, Rassisten oder Bezüger von Propagandamaterial grundsätzlich nicht mehr. Weiterhin gilt, dass für eine Bearbeitung ein konkreter Gewaltbezug (inklusive Aufruf zur Gewalt) festgestellt werden oder es sich um einen bekannten Exponenten einer Organisation der Beobachtungsliste handeln muss.

Die Beobachtungsliste wird jährlich vom Bundesrat genehmigt und dient gemäss Artikel 11 Absatz 2 Buchstabe b BWIS dazu, die Organisationen und Gruppierungen zu benennen, über deren Tätigkeit und Exponenten alle Wahrnehmungen zu melden sind, bei denen der NDB also die Schranken überwinden darf, die ihm durch Artikel 3 Absatz 2 BWIS auferlegt werden. Diese Schranken betreffen Informationen über die politische Betätigung und die Ausübung der Meinungs-, Koalitions- und Versammlungsfreiheit. Die Beobachtungsliste ist somit keine abschliessende Aufzählung der Organisationen und Gruppierungen, über die der NDB Daten bearbeitet. ■



Proliferation

Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen bleibt eines der grossen Problemfelder unserer Zeit und Gegenstand zunehmend enger multilateraler Kooperation. Im Zentrum der internationalen Besorgnis steht die Entwicklung in Iran. Die Schweiz ist integraler Bestandteil internationaler Anstrengungen zur Eindämmung der mit der Proliferation verbundenen Risiken. Als Hochtechnologiestandort hat sie ein besonderes Interesse daran, Versuche zu verhindern, Sanktionen über die Schweiz zu umgehen.



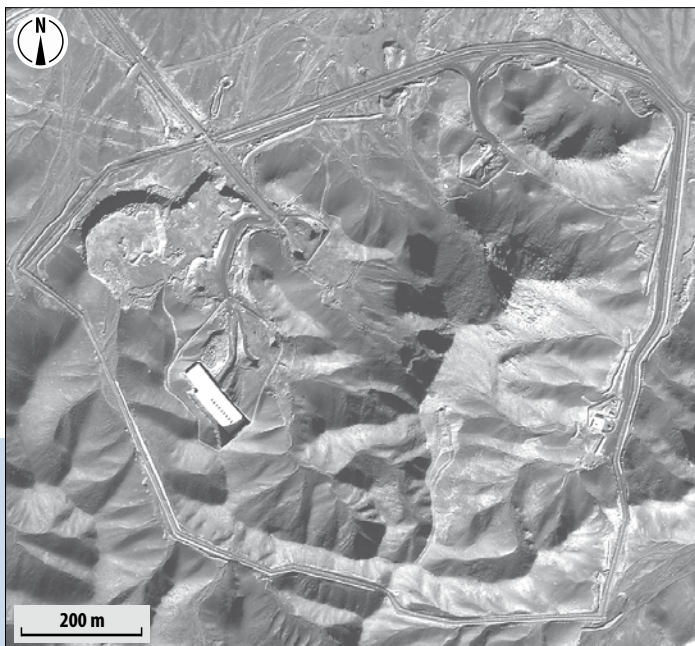
LAGE

Einleitung

Im Bereich der Programme von Massenvernichtungswaffen und deren Trägermittel sowie der Weiterverbreitung der relevanten Technologien stehen weiterhin Iran und Nordkorea im Vordergrund. Die internationale Krise um das iranische Nuklearprogramm strebt trotz mehreren Gesprächsrunden zwischen Iran einerseits und den fünf permanenten Sicherheitsratsmitgliedern plus Deutschland andererseits einem neuen Höhepunkt zu. Gelingt es nicht, die Befürchtungen der internationalen Gemeinschaft betreffend Einhaltung des Atomwaffensperrvertrags auszuräumen und die Spannungen zumindest mit einer Teillösung zu senken, führt der Krisenverlauf in absehbarer Zeit vor das Dilemma, entweder eine militärische Operation zur Unterbindung des Programms oder aber einen nuklear bewaffneten Iran akzeptieren zu müssen. Auch auf dem indischen Subkontinent entwickeln sich die Arsenale und Technologien weiter.

Iranisches Nuklearprogramm: Ausbau trotz Sanktionen

Das Nuklearprogramm Irans macht trotz des stetig steigenden internationalen Sanktionsdrucks unvermindert Fortschritte. Im Rahmen seines Urananreicherungsprogramms hat Iran seit Oktober 2011 die Zahl der installierten Zentrifugen um rund 5000 auf über 13'000 Stück erhöht. Die 2009 öffentlich aufgedeckte, im Berg eingegrabene Anlage von Fordo bei Qom ist mittlerweile vollständig ausgerüstet und militärisch stark gesichert. Die Schwelle des Anreicherungsgrads von 3,5 Prozent, wie er für den Betrieb von zivilen Reaktoren zur Stromerzeugung notwendig ist, ist überschritten. Heute verfügt Iran bereits über eine ausreichende Menge Uran mit Anreicherungsgrad von zwanzig Prozent, die nach Weiteranreicherung auf waffenfähige neunzig Prozent für den Bau eines nuklearen Sprengkörpers ausreichen würde. Auch die Möglichkeit zur Produktion von Plutonium für Kernwaffen rückt in Reichweite. Gemäss iranischen Angaben soll der



Links:
Anlage von Fordo [Quickbird 2;
Aufnahme vom 31.1.2013]

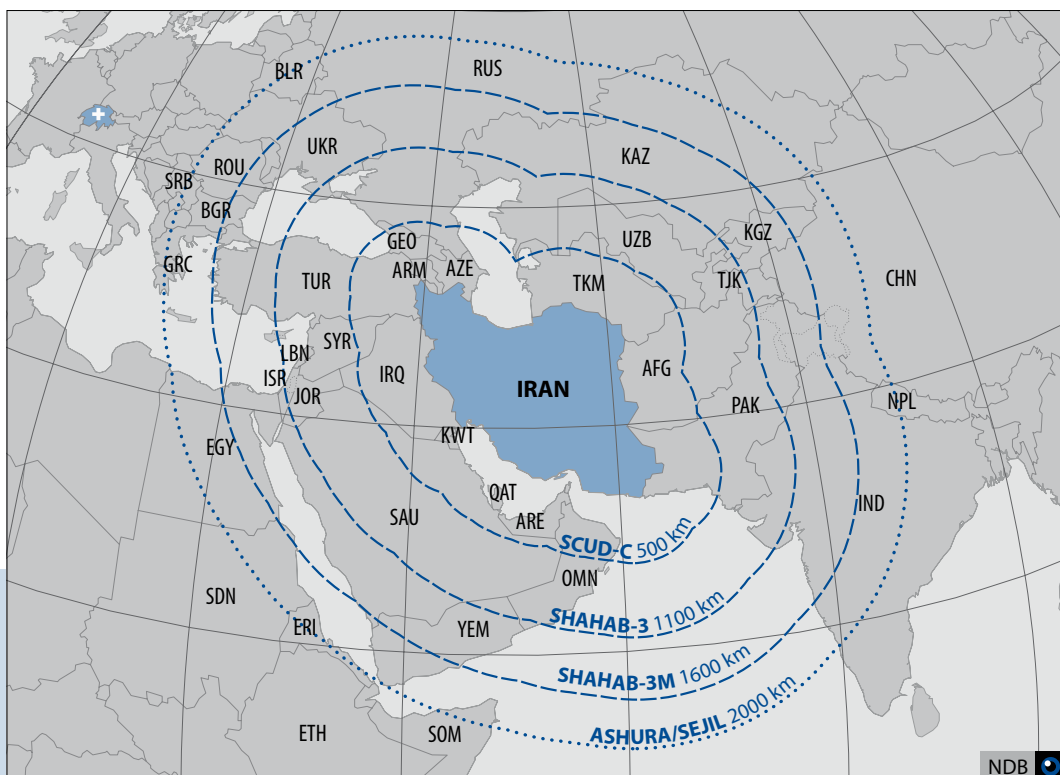
Rechts: Reichweiten
iranischer Trägermittel

Schwerwasserreaktor in Arak 2014 in Betrieb gehen. Damit werden die grundsätzlichen Voraussetzungen für eine im Bedarfsfall rasche Produktion von waffenfähigem Spaltmaterial weiter verbessert. Überdies hat die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) im vergangenen Jahr mehrmals über grossangelegte Aufräumarbeiten im Militärkomplex von Parchin berichtet. Im Zentrum steht ein Bereich der Anlage, wo sich eine Explosionskammer befunden haben soll von der Art, wie sie auch für Tests bei der Entwicklung von Kernwaffen Verwendung findet. Die Aufräumarbeiten umfassten den Abriss von mehreren Objekten und die Bearbeitung der Erdoberfläche mit schwerem Baugerät. Iran hat den Gesuchen der IAEA zum Besuch der Anlage bisher nicht stattgegeben.

Iranische ballistische Raketen: Wachsende Abschreckungsfähigkeit

Auch im Bereich der Trägermittel entwickelt Iran seine Fähigkeiten weiter und demonstriert diese mit militärischen Manövern wie der

Grossübung Grosser Prophet 7 im Juli 2012. Anlässlich dieser Übung wurden zahlreiche Raketen in hohem Takt gegen simulierte Stützpunkte in der Wüste gestartet, darunter mehrere Lenk Waffen der Baureihe Shahab. Diese Baureihe ist seit einigen Jahren bei den Streitkräften eingeführt und umfasst auch das Modell Shahab-3M, mit dem Iran über ein geeignetes Trägermittel für einen nuklearen Sprengsatz verfügt. Mit der Shahab-3/3M (Reichweite 1100/1600 Kilometer) scheint die Leistungssteigerung dieses Flüssigtreibstoffsystems mittlerweile an eine technologische Grenze gestossen zu sein. Der quantitative Ausbau des Arsenal hält zwar an. Aber Systeme mit grösseren Reichweiten sind seit 2012 nicht eingeführt worden. Der im Februar 2012 beobachtete Satellitenstart erfolgte zum dritten Mal mit einer Trägerrakete, die auf der Basis der Shahab-3M entwickelt wurde. Eine noch grössere Trägerrakete, die inskünftig einmal als Grundlage für interkontinentale Reichweiten (über 5500 Kilometer) dienen könnte, ist weiterhin nicht einsatzbereit. Ei-



nen echten militärischen Quantensprung wird die Einführung der neuen Festtreibstoffrakete Ashura/Sejil (Reichweite 2000 Kilometer) darstellen, die sich in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium befindet und dank einfacher und rascher Erstellung der Einsatzbereitschaft deutliche operationelle Vorteile bringen wird. Darüber hinaus verbesserte Iran seit 2012 insbesondere seine Kurzstreckensysteme (Reichweiten unter 1000 Kilometer) mit dem erstmaligen Flugtest einer neuen Version der Feststoffrakete Fateh-110 (Reichweite 300 Kilometer), die treffgenauer als die Vorgängermodelle sein soll. Insgesamt ist eine qualitative und quantitative Verbesserung der iranischen Abschreckungsfähigkeit im Persischen Golf festzustellen.

Nordkoreanisches Nuklearprogramm: Baufortschritte am neuen Reaktor

Informationen zum nordkoreanischen Nuklearprogramm bleiben weiterhin bruchstückhaft. Im Sommer 2012 hat Nordkorea die äusseren Bauarbeiten an einem neuen Leichtwasserreaktor im Nuklearkomplex Yongbyon nördlich der Hauptstadt abgeschlossen. Der Einbau der Schlüsselkomponenten im Innern wird allerdings noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Zum Status des erstmals 2010 öffentlich gemachten nordkoreanischen Urananreicherungsprogramms sind seit Anfang 2012 keine weiteren Einzelheiten bekannt geworden. Insbesondere seine technischen Eigenschaften und Kapazitäten bleiben unbestätigt. Am 12. Februar 2013 führte Nordkorea zum dritten Mal einen Kernwaffentest auf dem Testgelände Pungkyeri durch. Die Datenauswertung der weltweit

verteilten, automatischen Messstationen, die die Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization führt, war bei Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen. Die seismologischen Messdaten zeigen aber in etwa ein doppelt so starkes Ereignis wie beim letzten Test 2009.

Nordkoreanische ballistische Raketen: Stetige Fortschritte

Die Grundlage des nordkoreanischen Raketenbaus bildet eine komplette Baureihe von Flüssigtreibstofflenk Waffen, die weitgehend auf der Technologie älterer Systeme der sowjetischen Muster Scud beruhen. Die nordkoreanischen Weiterentwicklungen kurzer und mittlerer Reichweite wurden bereits an zahlreiche Länder weiterverkauft. Die Modelle grösserer Reichweite Taepodong-1 und -2 präsentiert Nordkorea als Weltraumraketen. Im April 2012 geriet der Start einer Taepodong-2 (unter dem Namen UNHA-3) zu einem spektakulären Fehlschlag, im Dezember beförderte das gleiche System aber einen Satelliten in die Erdumlaufbahn. Eine technisch weiter fortgeschrittene Flüssigtreibstoffrakete wurde 2012 erneut an einer Parade gezeigt, ein Flugtest konnte bisher jedoch nicht beobachtet werden. Bei der moderneren Festtreibstoffraketen-technologie befindet sich Nordkorea im Vergleich zu Iran oder Pakistan weiterhin im Rückstand.

Pakistan und Indien:

Optimierung und Ausbau reifer Arsenale

Auch auf dem indischen Subkontinent schreitet die Entwicklung von Technologien und Arsenalen voran. Pakistan verfügt über ein gut entwickeltes Arsenal von ballistischen Lenkwaffen, insbesondere der modernen Festtreibstoffbaureihen Ghaznavi und Shaheen (maximale Reichweite 2500 Kilometer). Alle Systeme sind in der Lage, Nuklearsprengköpfe zu tragen. Pakistan arbeitet derzeit an kleineren Trägersystemen und Marschflugkörpern, die für den Einsatz von taktischen Nuklearkörpern geeignet sind. Diese Entwicklung wird unterstützt durch einen massiven Ausbau der Plutoniumproduktionskapazitäten und lässt vermuten, dass Pakistan auch an der weiteren Miniaturisierung seiner Nuklearsprengköpfe arbeitet. Damit wird über die Jahre auch eine nukleare Abschreckung auf taktischer Stufe angestrebt.

Indien verfügt ebenfalls über ein reifes Arsenal an ballistischen Raketen. Insbesondere die Agni-Baureihe entspricht moderner Festtreibstofftechnologie und kann Nuklearsprengköpfe tragen. Die grösste Rakete dieser Baureihe, die Agni-5 mit potenziell interkontinentaler Reichweite (definiert als über 5500 Kilometer) wurde 2012 erstmals einem Flugtest unterzogen. Indien arbeitet derzeit an der Vervollständigung seiner nuklearen Triade (land-, luft- und seegestützte Systeme). 2009 lief das nukleargetriebene U-Boot der Arihant-Klasse vom Stapel. Sein Status ist allerdings noch unklar. Parallel dazu erfolgt die Entwicklung von seegestützten ballistischen Lenkwaffen. Auch Indien baut nicht

nur sein ziviles, sondern auch sein militärisches Nuklearprogramm weiter aus. Die Bestände an Kernwaffen dürften leicht tiefer liegen als jene von Pakistan.

BEURTEILUNG

Nuklearkrise mit Iran strebt einem Höhepunkt zu

Die Entwicklung in den erwähnten Nuklear- und Lenkwaffenprogrammen schreitet voran. Das iranische Nuklearprogramm ist im internationalen Kontext das virulenteste. Die Krise verläuft seit 2002 zyklisch, strebt derzeit jedoch auf einen bisherigen Höhepunkt zu. Iran hat die Verdachtsmomente, wie sie von der IAEA regelmässig, aber seit Ende 2011 in eindringlicher Form vorgebracht werden, bisher nicht entkräften können. Iran unterliegt unterdessen internationalen wirtschaftlichen Sanktionen in einem Ausmass, das nahe an ein vollständiges Embargo heranreicht. Trotzdem hat das iranische Nuklearprogramm einen Stand erreicht, wo die diplomatischen Lösungsversuche überholt zu werden drohen, entweder durch eine militärische Intervention oder durch die Entwicklung einer iranischen Kernwaffe. Ein nuklear bewaffneter Iran hätte nicht nur Auswirkungen in der Region und darüber hinaus, sondern würde insbesondere das Fundament internationaler Bemühungen zur Eindämmung der Proliferation zusätzlich erschüttern und könnte einen neuen nuklearen Rüstungswettlauf entfachen.

Die nordkoreanischen Fähigkeiten in der Urananreicherung sind unklar, könnten im Bereich der Zentrifugentechnologie jedoch weiter sein als die iranischen. Das Regime in Nordkorea hat sich in der Vergangenheit nicht gescheut, seine Raketentechnologie ohne Vorbehalte an zahlreiche Kunden wie Pakistan, Iran, Libyen,

Ägypten und Syrien zu verkaufen. Es ist in der Lage, die gesamte Produktionspalette für ein Kernwaffenprogramm anzubieten, von der Produktion des Spaltmaterials (Uran und Plutonium), über den Bau eines einfachen nuklearen Sprengsatzes bis hin zu den benötigten Trägermitteln. Pakistan baut sein Nuklearprogramm mit grosser Intensität aus und sucht derzeit auch Dual-use-Güter für den Aufbau einer effizienten Kommando- und Einsatzstruktur.

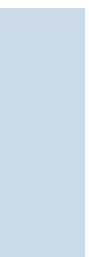
AUSSICHTEN

Vielfältige Risiken für die Schweiz

Der Fluss europäischer, kontrollpflichtiger Güter und Technologien über Drittländer in proliferationsrelevante Staaten ist für die Schweizer Exportkontrolle eine grosse Herausforderung. Die Schweiz verfügt über exzellente industrielle Fähigkeiten und bietet einen attraktiven und im internationalen Vergleich offenen Forschungsplatz an. Dank der internationalen Kooperation und der Zusammenarbeit mit der Industrie können immer wieder zahlreiche Beschaffungsversuche vereitelt werden. Entsprechend der Verschärfung der internationalen Sanktionen gegen Iran sind auch die vom NDB beobachteten Versuche gestiegen, diese Sanktionen über die Schweiz zu umgehen.

Die Herausforderungen nehmen jedoch zu. Die Beschaffungswege entwickeln sich weiter und organisieren sich neu. Viele von ihnen laufen über Asien. Die zunehmende Auslagerung von Produktion ins Ausland macht es sowohl für die Industrie als auch für die Behörden schwieriger, den Warenfluss kritischer Güter zu kontrollieren. Auch ist in den proliferationsrelevanten Bereichen eine Tendenz der Einkäufer festzustellen, auf die Beschaffung von Subsystemen und Komponenten zu fokussieren. Kritische Subsysteme zu identifizieren und dem illegalen Handel zu entziehen ist ungleich schwieriger als im Fall von vollständigen Systemen, deren Ausfuhr grösseren und immer griffigeren internationalen Kontrollen unterworfen ist.

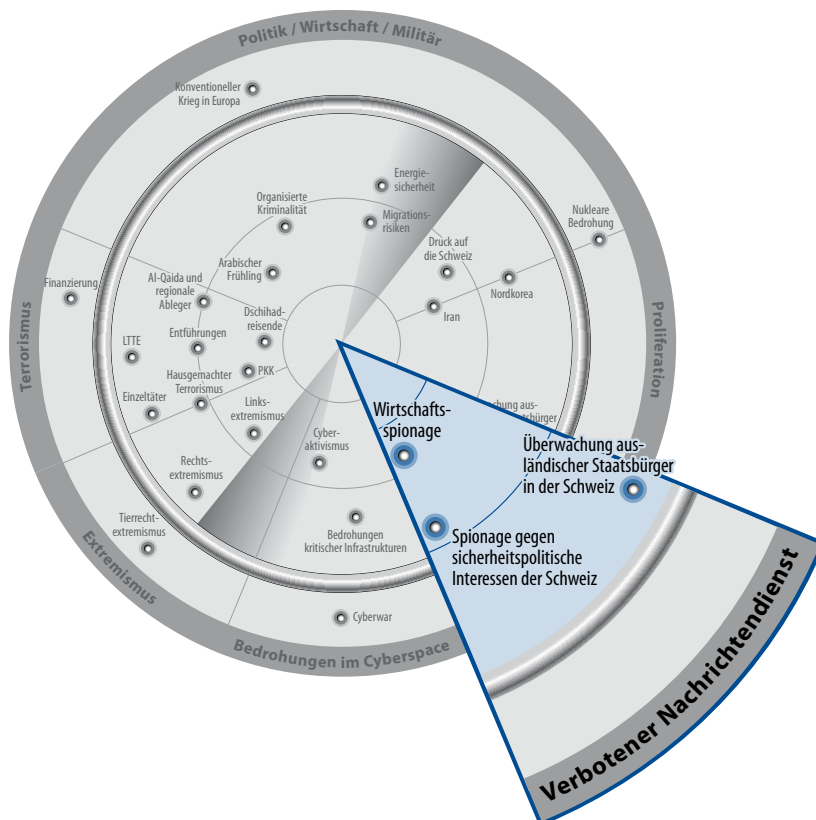
Nachteilig wirkt sich auch aus, dass der NDB über keine Rechtsgrundlagen im Bereich Kontrolle der Finanzströme verfügt und auf die Überwachung des Güterflusses beschränkt ist. ■



Verbotener Nachrichtendienst

Die Schweiz ist weiterhin Ziel von Spionage, wie ein Fall exemplarisch aufzeigt, bei dem georgische Oppositionelle durch Beamte des georgischen Innenministeriums observiert wurden. Neben traditionellen Mitteln setzen Nachrichtendienste immer mehr hochentwickelte elektronische Mittel der Cyperspionage ein.

Ein wichtiges Ziel von verbotenem Nachrichtendienst ist die schweizerische Forschung. Sie gehört in vielen Bereichen zur Weltspitze. Dadurch werden Schweizer Hochschulen, Forschungs- und Kompetenzzentren allerdings auch attraktiv für ausländische Nachrichtendienste.



LAGE

Schweiz als Ziel von Spionage

Ziel von Spionage gegen die Schweiz oder gegen Schweizer Interessen ist die Beschaffung von Informationen zur Verbesserung oder Festigung der eigenen Position im politischen und wirtschaftlichen internationalen Wettbewerb sowie zur gezielten Beeinflussung von Konkurrenten und Gegnern. Die Attraktivität der Schweiz als Ziel von Spionage fremder Nachrichtendienste geht hauptsächlich auf die folgenden Elemente zurück:

- Die zentrale Lage in Europa, die UNO und andere internationale Gremien insbesondere auf dem Platz Genf, der Finanzplatz, der Energie- und Rohstoffhandel sowie die gute Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur machen die Schweiz interessant als Ziel der Informationsbeschaffung seitens ausländischer Nachrichtendienste.
- Die Forschung in der Schweiz ist in vielen Bereichen Weltspitze; die Schweiz beherbergt eine Reihe renommierter Forschungsinstitute. Dieser Erfolg birgt auch Risiken. Schweizer Hochschulen, Forschungs- und Kompetenzzentren – auch jene in der Privatwirtschaft – können aufgrund ihrer Forschungstätigkeiten und -resultate attraktive Ziele für ausländische Nachrichtendienste und wirtschaftliche Konkurrenten sein.
- Ausländische Regimegegner und Oppositionelle, die sich in der Schweiz niedergelassen haben, stellen ebenfalls ein Ziel ausländischer

Nachrichtendienste dar. Dies betrifft vor allem Staaten, in denen die Meinungsäusserungs- und Medienfreiheit eingeschränkt sind und die über die Absicht und die Ressourcen verfügen, Regimegegner weltweit zu verfolgen.

Staaten, die für die Herstellung von Massenvernichtungswaffen die entsprechende Technik und das Know-how beschaffen wollen, versuchen in der Schweiz auch mit nachrichtendienstlichen Methoden ihre Ziele zu erreichen.

Vielfalt der Methoden: Von der Human Intelligence bis zur Cyberspionage

Nachrichtendienste bedienen sich verschiedener Spionagemethoden. Zum einen arbeiten sie nach wie vor mit traditionellen Mitteln wie Human Intelligence durch eigene Strukturen von Informanten oder Agenten und betreiben damit die Abschöpfung von Informationen vor Ort. Zum anderen werden immer mehr hochentwickelte elektronische Mittel der Signals Intelligence und der Communications Intelligence angewendet wie das Eindringen in IT-Netzwerke, die Instrumentalisierung von Mobiltelefonen der Zielpersonen als Abhöreinrichtung oder die legale und illegale Ausforschung per Internet. Nachrichtendienste und Unternehmen beschäftigen zudem private, kommerziell arbeitende Agenturen (Detekteien, Treuhandbüros, Beratungsfirmen usw.), aber auch Hacker, um an vertrauliche Daten und Informationen heranzukommen.

Verschiedene Möglichkeiten der Tarnung

Ausländische Nachrichtendienstoffiziere versuchen in der Schweiz Zugang zu Entscheidungsträgern unter anderem aus den Bereichen Politik und Wirtschaft zu erhalten. Sie tarnen sich dabei beispielsweise als Diplomaten, Journalisten oder Geschäftsleute. Sie können so erste Informationen sammeln, Umfeldabklärungen tätigen und Personen kontaktieren, ohne sich verdächtig zu machen. Ausländische Nachrichtendienstoffiziere besuchen auch öffentliche Veranstaltungen und halten dort Ausschau nach geeigneten Zielpersonen: Dolmetscher und Übersetzer ebenso wie Stagiaires und Doktoranden, die Zugang zu vertraulichen Informationen haben, stellen für ausländische Nachrichtendienste wertvolle Zielpersonen dar, die sorgfältig rekrutiert und aufgebaut und dann abgeschöpft werden.

Bekämpfung durch ausländerrechtliche Massnahmen

Gegen erkannte Spione oder gegen der illegalen nachrichtendienstlichen Tätigkeit verdächtige Personen kann der Bund verschiedene Massnahmen treffen. Die Schweiz kann bei den Herkunftsländern von nachrichtendienstlich tätigen Funktionären diskret vorstellig werden und ihnen die Rechtslage klarmachen. Weiter gehören auch Akkreditierungs- und Visumsverweigerungen, Ausweisungen, Einreiseverbote sowie bei Diplomaten Persona-non-grata-Erklärungen zu den Sanktions- und gleichzeitig wirkungsvollsten Präventionsmassnahmen der Spionageabwehr. Ab einer gewissen Stufe werden die Differenzen mit entsprechender Signalwirkung öffentlich ausgetragen.

Spannungsfeld zwischen Spionageabwehr und politischen Interessen

Auch wenn regelmässig gegen Personen aus verschiedenen Staaten administrative Fernhaltmassnahmen wegen verbotener nachrichtendienstlicher Tätigkeit verhängt werden, müssen gerade im Zusammenhang mit internationalen Organisationen und Verhandlungen auf Schweizer Territorium die politischen und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz immer wieder gegeneinander abgewogen werden. So kann die Anwesenheit erkannter ausländischer Nachrichtendienstoffiziere bei internationalen Verhandlungen im Einzelfall bewusst akzeptiert werden, um die Verhandlungen selbst nicht zu gefährden. Auch Schutzmandate der Schweiz für Drittländer sowie wirtschaftliche oder politische Interessen können zu einer gewissen Rücksichtnahme führen.

Cyberspionage mit immer komplexerer Software

Cyberspionage hat für die Täter beziehungsweise ihre Auftraggeber den Vorteil, dass niemand vor Ort gehen muss und damit klassische Methoden der Spionageabwehr oft nicht greifen. Auch können auf elektronischem Weg grosse Datenmengen auf einmal oder innert kurzer Zeit entwendet werden. So werden denn auch regelmässig Fälle von ausgeklügelten elektronischen Spionagemethoden aktenkundig. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Spionagesoftware Flame, die im Mai 2012 von IT-Experten entdeckt wurde. Flame ist im Baukastensystem aufgebaut und dient dem Sammeln von Informationen aller Art. Flame kann zum Beispiel Audiomitschnitte erstellen, Tastatureingaben

registrieren, den Netzwerkverkehr überwachen oder Bildschirmhalte kopieren. Wenn der infizierte Computer über Bluetooth verfügt, ist es der Schadsoftware sogar möglich, Informationen der sich mit eingeschaltetem Bluetooth im selben Raum befindenden Geräte zu beschaffen, so beispielsweise das Adressbuch eines Mobiltelefons. Flame soll unerkannt schon seit einigen Jahren für Angriffe im Nahen Osten benutzt worden sein. In der Schweiz sind bislang keine infizierten Computer bekannt geworden.

Verbreiten soll sich Flame analog zu dem bereits 2010 entdeckten Stuxnet über USB-Sticks oder lokale Netzwerke. Das Programm ist aber wegen seines enormen Funktionsumfangs zwanzigmal grösser als Stuxnet, das nur für einen ganz bestimmten Zweck – mit hoher Wahrscheinlichkeit die Sabotage der iranischen Urananreicherungsanlage in Natanz – eingesetzt wurde.

Infektion durch präparierte Weblinks immer noch verbreitet

Für elektronische Spionageangriffe nutzen Angreifer auch verbreitet traditionelle Infektionsmethoden wie E-Mails und präparierte Links. Die Betroffenen erhalten dabei auf sie zugeschnittene E-Mails mit gefälschten Absenderadressen. Sobald der Empfänger auf den Link geklickt hat, wird eine Schadsoftware geladen und installiert. Zusätzlich wird ein Kanal zu einem Kontrollserver geöffnet, über den die Daten des infizierten Rechners abgezogen werden. Es ist bekannt, dass diese Vorgehensweise gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Aussen- und Verteidigungsministerien mehrerer Länder eingesetzt wird.

```

mov     edx, [ebp+var_44]
shl     edx, 7
mov     eax, [ebp+var_44]
shr     eax, 19h
or      edx, eax
mov     [ebp+var_44], edx
mov     ecx, [ebp+var_44]
add     ecx, [ebp+var_48]
mov     [ebp+var_44], ecx
mov     edx, [ebp+var_44]
and     edx, [ebp+var_48]
mov     eax, [ebp+var_44]
not     eax
and     eax, [ebp+var_50]
or      edx, eax
add     edx, [ebp+var_3C]
mov     ecx, [ebp+var_4C]
lea     eax, [ecx+edx-17384]
mov     [ebp+var_4C], edx
mov     eax, [ebp+var_4C]
shl     eax, 0Ch
mov     ecx, [ebp+var_4C]
shr     ecx, 14h
or      eax, ecx
mov     [ebp+var_4C], eax
mov     edx, [ebp+var_4C]
add     edx, [ebp+var_48]
mov     [ebp+var_4C], edx
and     eax, [ebp+var_4C]
mov     ecx, [ebp+var_4C]
not     ecx
and     ecx, [ebp+var_48]
or      eax, ecx
add     eax, [ebp+var_38]
mov     edx, [ebp+var_50]
lea     eax, [edx+eax+24207]
mov     [ebp+var_50], eax
mov     ecx, [ebp+var_50]
shl     ecx, 11h
mov     edx, [ebp+var_50]
shr     edx, 0Fh
    
```

Pseudocode-A

```

141  int v141; // [sp+2Ch] [bp-24h]@1
142  int v142; // [sp+30h] [bp-20h]@1
143  int v143; // [sp+34h] [bp-1Ch]@1
144  int v144; // [sp+38h] [bp-18h]@1
145  int v145; // [sp+3Ch] [bp-14h]@1
146  int v146; // [sp+40h] [bp-10h]@1
147  int v147; // [sp+44h] [bp-Ch]@1
148  int v148; // [sp+48h] [bp-8h]@1
149  int v149; // [sp+4Ch] [bp-4h]@1
150
151  v2 = *( _DWORD *)a1;
152  v3 = *( _DWORD *) (a1 + 4);
153  v4 = *( _DWORD *) (a1 + 8);
154  v5 = *( _DWORD *) (a1 + 12);
155  sub_4049C0(&v134, a2, 64);
156  v6 = v2 + v134 + (v5 & ~v3 | v4 & v3) - 0x28955888;
157  v7 = v3 + ((v6 >> 25) | (v6 << 7));
158  v8 = v5 + v135 + (v4 & ~v7 | v3 & v7) - 0x1738488A;
159  v9 = v7 + ((v8 >> 20) | (v8 << 12));
160  v10 = v4 + v136 + (v3 & ~v9 | v7 & v9) + 0x2420700B;
161  v11 = v9 + ((v10 >> 15) | (v10 << 17));
162  v12 = v3 + v137 + (v7 & ~v11 | v9 & v11) - 0x3E423112;
163  v13 = v11 + ((v12 >> 10) | (v12 << 22));
164  v14 = v7 + v138 + (v9 & ~v13 | v11 & v13) - 0xA83F051;
165  v15 = v13 + ((v14 >> 25) | (v14 << 7));
166  v16 = v9 + v139 + (v11 & ~v15 | v13 & v15) + 0x4787C62;
167  v17 = v15 + ((v16 >> 20) | (v16 << 12));
168  v18 = v11 + v140 + (v13 & ~v17 | v15 & v17) - 0x57CFB9;
169  v19 = v17 + ((v18 >> 15) | (v18 << 17));
170  v20 = v13 + v141 + (v15 & ~v19 | v17 & v19) - 0x2B96AF;
171  v21 = v19 + ((v20 >> 10) | (v20 << 22));
172  v22 = v15 + v142 + (v17 & ~v21 | v19 & v21) + 0x698098;
173  v23 = v21 + ((v22 >> 25) | (v22 << 7));
174  v24 = v17 + v143 + (v19 & ~v23 | v21 & v23) - 0x74BB08;
    
```

Ausschnitt des Programmcodes einer Spionagesoftware

BEURTEILUNG

Ausforschung Oppositioneller bleibt aktuell

Dass Regimegegner und Oppositionelle, die sich in der Schweiz niedergelassen haben, weiterhin ein Ziel der Ausforschung von Nachrichtendiensten aus deren Heimatländern darstellen, belegt ein jüngeres Beispiel: Anfang April 2012 kontrollierte die Stadtpolizei Zürich einen verdächtigen Mann, der sich mit einem georgischen Pass mit gültigem Schengenvisum ausgewiesen hatte. Der Mann trug verschiedene Abhörgeräte und optische Aufnahmegeräte auf sich und in seinem Gepäck. Darauf durchsuchte die Stadtpolizei das Hotelzimmer des Georgiers, wo sie auf einen zweiten georgischen Mann stiess. Im Zimmer wurden zudem weitere High-Tech-Observationsgeräte gefunden. Die beiden Männer hatten Foto- und Videoaufnahmen von georgischen Oppositionspolitikern angefertigt, die sich ebenfalls in Zürich aufhielten. Eine der observierten Personen lebt in der Schweiz, wo sie um Asyl ersucht hat. Die beiden Festgenommenen wurden von Georgien offiziell als Beamte des Innenministeriums bezeichnet. Nach umfangreichen Ermittlungen wurden sie Anfang Mai 2012 gegen Kautions aus der Haft entlassen.

Der beschriebene Fall zeigt exemplarisch auf, wie in der Schweiz ausländische Nachrichtendienste aktiv sind und dass sie technisch oft sehr gut ausgerüstet sind. Es gibt Hinweise darauf, dass auch andere Staaten hier wohnhafte Regimegegner ausforschen und sie gegebenenfalls unter Druck setzen.

Cyberspionage weiter im Aufwind

Die Urheber elektronischer Spionageangriffe können meist nicht mit letzter Sicherheit festgestellt werden. Dennoch hat der NDB, basierend auf der Herkunft der Angriffe und einer vertieften Analyse (angewandte Methoden, Komplexitätsgrad der Angriffe, Opfer der Angriffe, Art der beschafften Informationen) klare Hinweise darauf, dass Behörden verschiedener Länder direkt oder indirekt in Cyberangriffe involviert waren. Zumindest tolerierten sie Hacker, die in ihrem Interesse handelten, auf ihrem Territorium. Beispielsweise ist es plausibel, dass Nachrichtendienste weitreichende Hackerangriffe im Rahmen der Überwachung der politischen Opposition im Ausland orchestrieren. So wurden bei einigen Cyberangriffen finanzielle Mittel und analytische Fähigkeiten eingesetzt, die weit über die Möglichkeiten cyberkrimineller Organisationen oder Hackergruppen hinausgehen. Überdies haben die bei solchen Attacken entwendeten Daten – mit Ausnahme von solchen der Wirtschaftsspionage – im kriminellen Umfeld keinen ökonomischen Wert, sondern sind nur für politische Kreise von Bedeutung.

Ein Teil dieser Cyberangriffe können neben Nachrichtendiensten auch Einzelpersonen oder privaten Gruppen zugeschrieben werden. Letztere können staatlich unterstützt oder von staatlich dominierten Unternehmen angestellt werden, oder sie handeln auf Eigeninitiative, um anschliessend die gestohlenen Daten an Käufer weiterzugeben. Es ist sehr wahrscheinlich, dass

staatliche Stellen oder mit solchen kooperierende Institutionen punktuell eng mit privaten Hackern zusammenarbeiten. Die Eigenschaften der entwendeten Daten lassen in einigen Fällen vermuten, dass den Hackern die Endabnehmer jeweils bekannt sind und dass die Abnehmer über beträchtliche technische Mittel und analytische Fähigkeiten zur Auswertung der gestohlenen Daten verfügen.

Netzwerkbetreiber als trojanische Pferde?

Ende April 2012 wurde öffentlich bekannt, dass eine chinesische Firma die Netzinfrastruktur eines grossen schweizerischen Telekommunikationsdienstleisters ausbauen und auch den Betrieb sicherstellen wird. In diesem Zusammenhang stellte sich – wie früher schon in Bezug auf die starke Stellung amerikanischer oder israelischer Firmen im Bereich kritischer Komponenten für die Telekommunikationsindustrie – die Frage, ob das Eindringen ausländischer Firmen in nationale Telekommunikationsmärkte die nationale Sicherheit gefährden könnte. Dies ist namentlich im Hinblick auf den Zugang zu sensitiven Informationen oder auch auf eine mögliche Sabotage der Informationsinfrastruktur von Bedeutung.

Obwohl aktuell keine Kenntnisse über solche sicherheitsrelevanten Vorfälle in der Schweiz oder im Ausland vorliegen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Beteiligung ausländischer Telekommunikationsunternehmen am Aufbau oder Betrieb von schweizerischen Telekommunikationsnetzen durch fremde Nachrichtendienste missbraucht werden könnte. Allerdings haben Telekommunikationsunternehmen mit weltweiten Verträgen kein Interesse daran, sich solchen Machenschaften bewusst auszuliefern. Könnten Spionage- oder Sabotageaktivitäten belegt werden, müsste die betroffene Firma einen beträchtlichen Vertrauensverlust und Reputationsschaden hinnehmen, ja mit Zugangssperren zu bestimmten nationalen Märkten rechnen.

Zu den im Telekommunikationsbereich, aber auch bei anderen kritischen Infrastrukturen zu treffenden Präventionsmassnahmen gehören Risiko- und Verwundbarkeitsanalysen auf allen betroffenen Stufen (Bund, Kantone, Netzbetreiber) unter Einbezug der Systemlieferanten und Leistungserbringer. Auf der Basis der Resultate dieser Analysen können dann die notwendigen administrativen und technischen Sicherheitsmassnahmen getroffen werden.

Datendiebstahl beim NDB

Im Frühsommer 2012 entwendete ein Mitarbeiter im Informatikdienst des NDB Daten. Der Fall ist Gegenstand eines laufenden Strafverfahrens der Bundesanwaltschaft und einer Untersuchung der Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel). Die Untersuchung der GPDel soll im Frühjahr 2013 mit einem Bericht an den Bundesrat abgeschlossen werden.

AUSSICHTEN

Wichtige Rolle der Prävention

Aufklärung und Strafverfolgung im Bereich des verbotenen Nachrichtendienstes sind langwierig und komplex. Neben der Spionage durch Externe können auch Innentäter potenziell grossen Schaden anrichten.

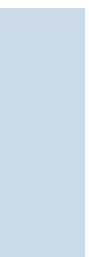
Der hohe technologische Standard der Schweizer Industrie, der internationale Forschungsstandort, die UNO und andere internationale Gremien, der Finanzplatz, der Energie- und Rohstoffhandel und die zentrale Lage in Europa mit ausgezeichneten Infrastrukturen machen die Schweiz auch in Zukunft attraktiv als Ziel der Informationsbeschaffung durch fremde Nachrichtendienste. Abgesehen von den traditionellen Methoden der Spionage, die sich nicht nur auf wirtschaftliche, sondern weiterhin auch auf politische und militärische Ziele richtet, wird insbesondere die Bedrohung durch Cyberangriffe aus den oben genannten Gründen auf absehbare Zeit ein grosses Problem bleiben.

Der NDB ist gesetzlich beauftragt, Präventionsmassnahmen gegen die Spionagetätigkeiten ausländischer Nachrichtendienste zu treffen. Das Programm Prophylax des NDB ist eine dieser Präventionsmassnahmen. Damit sensibilisiert der NDB Unternehmen sowie Forschungs- und höhere Bildungsinstitute für die Risiken der Proliferation und der Spionage. Während insbesondere Firmen in proliferationsrelevanten und anderen High-Tech-Bereichen schon seit längerer Zeit vom NDB und seinen Vorgän-

gerinstitutionen regelmässig informiert wurden, legt der NDB aktuell einen besonderen Schwerpunkt auf Hochschulinstitute im Bereich der Spitzentechnologie.

Um den Herausforderungen im Forschungsbereich zu entsprechen, hat der NDB Technopole begonnen, ein spezifisch auf die Forschung in der Schweiz ausgerichtetes Präventions- und Sensibilisierungsprogramm. Ziel von Technopole ist es, in Zusammenarbeit mit den Schweizer Hochschulen und Forschungseinrichtungen den Forschungsplatz Schweiz im Kampf gegen die Bedrohungen in den Bereichen verbotener Nachrichtendienst, Informationsabfluss und Proliferation zu unterstützen.

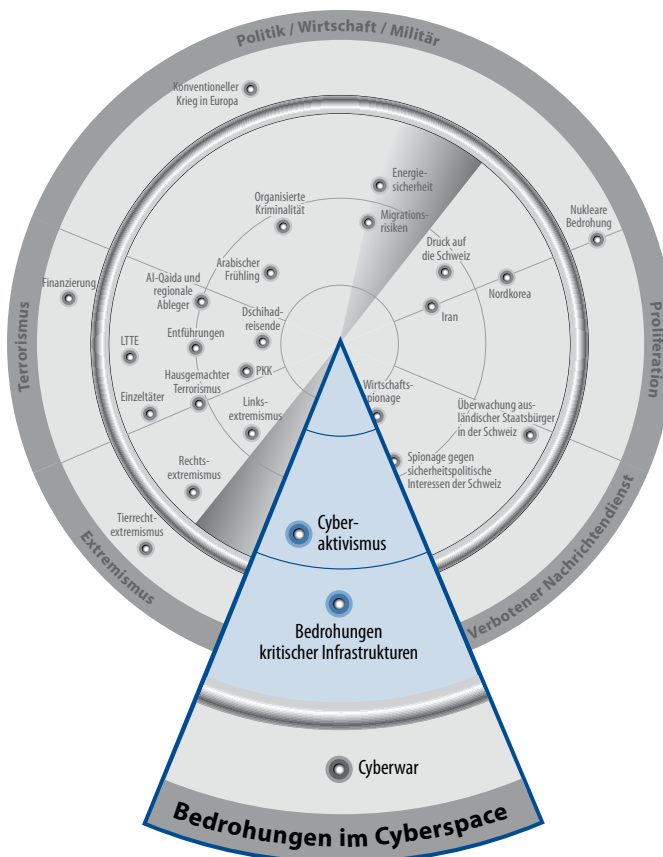
Aufbauend auf den Erfahrungen aus Prophylax wurden 2012 im Bereich der Forschung erste Gespräche mit Vertretern des Bundes und der Kantone geführt. Diverse Informations- und Sensibilisierungsmassnahmen sind auf verschiedenen Ebenen in Planung und sollen ab 2013 umgesetzt werden. ■



Angriffe auf Schweizer Informationsinfrastrukturen

Mit der weiter fortschreitenden globalen digitalen Vernetzung hat die Anfälligkeit der Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen (IKT) gegenüber Störungen und Angriffen zugenommen und damit auch die Möglichkeit, diese für kriminelle, nachrichtendienstliche, terroristische oder militärische Zwecke zu missbrauchen.

Flächendeckende oder lang anhaltende Störungen können zu erheblichen Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit führen. IKT sind für Angriffe besonders attraktiv, weil sie viele Möglichkeiten für Missbrauch, Manipulation und Schädigung bieten und die Angriffe weitgehend anonym und mit wenig Aufwand durchgeführt werden können.



LAGE

Hohe Anfälligkeit der vernetzten Gesellschaft auf Cyberrisiken

Die Möglichkeiten, die Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen (IKT) für kriminelle, nachrichtendienstliche, terroristische oder militärische Zwecke zu missbrauchen oder ihr Funktionieren zu beeinträchtigen, sind ebenso wie deren positive Nutzung praktisch unbegrenzt. Es ist davon auszugehen, dass der dahinter liegende Trend – die zunehmende Vernetzung und damit die wachsende Komplexität der IKT – anhalten wird.

Das Funktionieren der Schweiz als Gesamtsystem (Staat, Wirtschaft, Verkehr, Energieversorgung, Kommunikation usw.) hängt von einer steigenden Zahl miteinander vernetzter Informations- und Kommunikationseinrichtungen ab. Diese Infrastruktur ist verwundbar. Flächendeckende oder lang anhaltende Störungen und Angriffe können zu erheblichen Beeinträchtigungen der technischen, wirtschaftlichen

und administrativen Leistungsfähigkeit der Schweiz führen. IKT sind für Angriffe nicht nur deshalb besonders attraktiv, weil sie viele Möglichkeiten für Missbrauch, Manipulation und Schädigung bieten, sondern auch, weil sie sich weitgehend anonym und mit wenig Aufwand nutzen lassen.

Gezielte Angriffe auf strategisch wichtige Industrien

Aktuelle Beispiele für Cyberrisiken sind die Angriffe durch die Spionagesoftware Flame oder auch die Schadsoftware Wiper, die im April 2012 die Kommunikationsnetze des iranischen Ölministeriums beeinträchtigte, Daten aus dessen Netzen auslas und schliesslich auch Festplatten von infizierten Systemen komplett löschte. Zur Eindämmung von Wiper und als Sicherheitsmassnahme mussten im Iran zwischenzeitlich die Computersysteme des Ölministeriums und verschiedener Ölverladeterminals vom Internet getrennt werden.

Potenziell noch grössere Folgen für eine Dienstleistungsbranche, die auch für die Schweiz strategisch wichtig ist, hat die Entdeckung eines neuen Trojaners namens Gauss. Diese Bankdatenschadsoftware, die im Zuge der Untersuchungen zur Schadsoftware Flame entdeckt wurde, soll im Libanon sowie in Israel und Palästina vermutlich Zehntausende Rechner infiziert haben. Zu ihren Schadfunktionen gehört das Ausforschen von Internetkennwörtern, Zugängen zu Online-Konten,



Der Halbjahresbericht von Melani ist im Internet verfügbar (www.melani.admin.ch)

persönlichen Cookies, dem Browserverlauf und anderen individuellen Systemeinstellungen.

Gauss wurde erstmals im September 2011 gesichtet und im Juni 2012 identifiziert. Im Juli 2012 wurden die Steuerungsserver durch die Angreifer deaktiviert; bei infizierten Systemen befindet sich der Trojaner seitdem in einem Schlafmodus. Wie die früheren Schadsoftware Duqu und Flame enthält auch Gauss einen Selbstzerstörungsmechanismus, um einer Erkennung durch Virenschutzprogramme zu entgehen.

Über welche Sicherheitslücke Gauss auf die Zielsysteme gelangte, ist noch unklar. Gauss nutzt aber ebenfalls USB-Sticks, um Informationen über andere Rechner einzuholen. Er ähnelt im Aufbau und in der Struktur der Schadsoftware Flame. Dies legt einen gemeinsamen staatlichen Urheber nahe. Vor diesem Hintergrund erscheint die Tatsache nachvollziehbar, dass Gauss zwar Bankkonten ausspäht, aber keine Zahlungen auf die Konten der Täter auslöst. Laut einer auf Schadsoftware spezialisierten Firma soll sich Gauss insbesondere auf Banken im Nahen Osten konzentrieren; diese geografische Einschränkung könnte aber von den Urhebern problemlos geändert werden.

BEURTEILUNG

Beeinträchtigung lebenswichtiger Funktionen

Viele Dienstleistungen werden heute über elektronische Kanäle angeboten und genutzt. Damit wächst die Präsenz aller Akteure im Internet und deren Abhängigkeit von kritischen Infrastrukturen. Gleichzeitig nehmen die Cyberrisiken für die Wirtschaft zu, so zum Beispiel durch Angriffe mit Betrugs- beziehungsweise Bereicherungsabsichten oder durch Wirtschaftsspionage. Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen können besonders gravierende Folgen haben, weil sie lebenswichtige Funktionen beeinträchtigen oder fatale Kettenreaktionen auslösen können. Es ist deshalb essenziell, die Wirtschaft, insbesondere die Betreiber kritischer Infrastrukturen als Erbringer von Leistungen mit übergeordneter sicherheitsrelevanter Bedeutung, die IKT-Leistungserbringer und die Systemlieferanten, in eine Strategie zum Schutz vor Cyberrisiken einzubeziehen.

Neue nationale Strategie gegen Cyberrisiken

Der Schutz der IKT vor Störungen und Angriffen liegt im nationalen Interesse der Schweiz. Zwar wurden in den letzten Jahren Massnahmen getroffen, um die Risiken im Cyberbereich zu reduzieren. Es hat sich aber gezeigt, dass diese nicht in allen Fällen genügen. Weil mit einer weiteren Zunahme von Störungen und Angriffen auf die IKT zu rechnen ist,

legte der Bundesrat am 27. Juni 2012 eine nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken und eine nationale Strategie zum Schutz kritischer Infrastrukturen vor. Die Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken zeigt auf, wie diese Risiken heute aussehen, wie die Schweiz dagegen gerüstet ist, wo die Mängel liegen und wie diese am wirksamsten und effizientesten zu beheben sind.

Der Bundesrat verfolgt dabei die folgenden strategischen Ziele:

- die frühzeitige Erkennung der Bedrohungen und Gefahren im Cyberbereich
- die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von kritischen Infrastrukturen
- die wirksame Reduktion von Cyberrisiken, insbesondere Cyberkriminalität, Cyberspionage und Cybersabotage.

Wesentliche Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für die Reduktion von Cyberrisiken sind und bleiben das Handeln in Eigenverantwortung und die nationale Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und den Behörden sowie die Kooperation mit dem Ausland. Mit einem permanenten gegenseitigen Informationsaustausch sollen Transparenz und Vertrauen geschaffen werden. Der Staat soll nur eingreifen, wenn öffentliche Interessen auf dem Spiel stehen oder er im Sinne der Subsidiarität handelt.

Dezentraler Ansatz als beste Lösung

Durch den Einsatz von IKT-Mitteln zur Unterstützung von Prozessen und Strukturen verändern sich auch die Risiken, denen diese Prozesse ausgesetzt sind. Ein wirksamer Umgang mit Cyberrisiken geht daher vom Grundsatz aus, dass bestehende Aufgaben und Verantwortlichkeiten von Behörden, Wirtschaft und Bevölkerung zunehmend eine Cyberausprägung haben. Der nationalen Strategie liegt denn auch die Überlegung zugrunde, dass jede Organisationseinheit aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Verantwortung trägt, diese Cyberausprägung zu erkennen, die damit einhergehenden Risiken in ihren jeweiligen Prozess zu adressieren und, soweit machbar, zu reduzieren. Die dezentralen Strukturen in Verwaltung und Wirtschaft sollen für diese Aufgaben gestärkt werden und bereits bestehende Ressourcen und Prozesse konsequent genutzt werden.

Der Bundesrat anerkennt in seiner Strategie, dass in der Schweiz die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Wirtschaft generell etabliert ist und gut funktioniert. Mit der Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken will er im Cyberbereich diese Zusammenarbeit vertiefen und das bereits gelegte Fundament weiter stärken, um so die Minimierung von Cyberrisiken anzugehen. Er setzt daher auf bestehende Strukturen und verzichtet auf ein neues zentrales Steuerungs- und Koordinationsorgan, wie es in anderen Ländern, mit teils weniger ausgeprägter Zusammenarbeit zwischen den relevanten Akteuren, nun aufgebaut wird. Stattdessen sollen der Informationsfluss und die gesamtgesellschaftliche Auswertung vorliegender Informati-

onen zu Cyberrisiken und -bedrohungen zur Unterstützung von Behörden, Wirtschaft und Betreibern kritischer Infrastrukturen gestärkt und bedarfsgerechter verbreitet werden. Zu diesem Zweck wird auch die Melde- und Analysestelle Informationssicherung (Melani) im NDB personell gestärkt.

Die in der Strategie bezeichneten verantwortlichen Bundesstellen sollen entsprechende Massnahmen im Rahmen ihres Grundauftrags umsetzen. In diesen Umsetzungsprozess gilt es, die Partner aus Behörden, Wirtschaft und Gesellschaft einzubeziehen. Eine Koordinationsstelle im EFD überprüft dabei die Umsetzung der Massnahmen und den Bedarf nach weiteren Vorkehrungen zur Risikominimierung.

AUSSICHTEN

Aufbau ganzer Spionageinfrastrukturen

Die aktuellen Angriffe durch Schadsoftware wie Flame, Gauss oder Wiper zeigen einmal mehr auf, dass es bei den Cyberrisiken nicht mehr nur um vereinzelte Spionage- oder Sabotageangriffe geht, sondern vielmehr um ein dauerndes Interesse am Zugang zu Systemen, Daten und Informationen. Der Druck auf sensible Daten und Systeme nimmt zu. Dabei ist es für die Täter möglich, Spionageinfrastruktur jahrelang unerkannt zu betreiben. Es ist deshalb bei den aktuellen Fällen davon auszugehen, dass bereits jetzt weitere noch nicht entdeckte Spionagesoftware platziert ist und entweder parallel benutzt oder aber für den Fall der Aufdeckung eines Angriffs als Ersatz bereitgehalten wird, um einmal infiltrierte Systeme und Netzwerke weiterhin aushorchen und sabotieren zu können.

Markt für gestohlene Finanzdaten im Entstehen

Mit den über die letzten Jahre öffentlich gewordenen Abflüssen von Kundendaten und deren Verkauf an Finanz- und Steuerbehörden ausserhalb der Schweiz dürfte sich zusehends ein Markt für solche Informationen entwickelt haben. Dabei besteht nicht nur die Möglichkeit, spezifische Trojaner wie Gauss einzusetzen, um gezielt an solche Kundendaten und Finanzströme zu gelangen. Es ist davon auszugehen, dass solche Daten auch von Internetkriminellen gesammelt werden, die es zwar in erster Linie auf

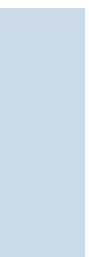
das Geld der infizierten Kunden abgesehen haben, aber automatisch auch über solche Bankkundeninformationen verfügen. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, könnten Staaten ebenfalls versuchen, über den Untergrundmarkt an solche Daten gelangen.

Zentrale Rolle der Nachrichtendienste

Die Täterschaft gibt sich in solchen Fällen nicht mit einem einzigen Angriff zufrieden, da insbesondere elektronische Spionage ein langwieriger Prozess ist. Sie lebt davon, Quellen aufzubauen, abzuschöpfen und ständig neue zu platzieren. Einzelne Ereignisse im Cyberbereich können sich bei genauerer Betrachtung oft als grössere Fallkomplexe erweisen. Solche Verknüpfungen sowohl im nationalen als auch im internationalen Bereich herzustellen und damit eine wirksame Bekämpfung der Bedrohungen zu ermöglichen, ist das Ziel von NDB und Melani.

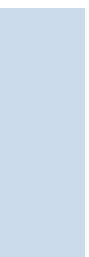
Wie auch die neue Cyberstrategie des Bundes aufzeigt, sind ohne starke und fokussierte nachrichtendienstliche Komponente bei der Erkennung, Auswertung, Einschätzung und Abwehr von Cyberangriffen Erfolge nur schwer möglich. Die zunehmende Vernetzung und die damit immer grösseren Möglichkeiten des Eindringens ermöglichen es selbst rein finanziell motivierten Kriminellen, eine staatsgefährdende oder schädigende Handlung auszuführen. Es zeigt sich auch immer mehr, dass Staaten und deren Nachrichtendienste vermehrt auf

die Möglichkeiten von Cyberangriffen anstelle oder zur Ergänzung ihrer bisherigen Operationen zurückgreifen werden. ■



Abkürzungsverzeichnis

| | |
|--------------|---|
| ALF | Animal Liberation Front |
| AQAH | al-Qaida auf der arabischen Halbinsel |
| AQIM | al-Qaida im islamischen Maghreb |
| BWIS | Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit |
| EDA | Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten |
| EZB | Europäische Zentralbank |
| FAI | Federazione Anarchica Informale |
| fedpol | Bundesamt für Polizei |
| GPDel | Geschäftsprüfungsdelegation |
| GUS | Gemeinschaft Unabhängiger Staaten |
| IAEA | Internationale Atomenergiebehörde |
| IKT | Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen |
| LTTE | Liberation Tigers of Tamil Eelam |
| Melani | Melde- und Analysestelle Informationssicherung |
| Nato | North Atlantic Treaty Organisation |
| NSU | Nationalsozialistischer Untergrund |
| PFLP | Volksfront zur Befreiung Palästinas |
| PKK | Arbeiterpartei Kurdistans |
| RAF | Rote Armee Fraktion |
| RAS | Revolutionärer Aufbau Schweiz |
| RAZ | Revolutionärer Aufbau Zürich |
| RJZ | Revolutionäre Jugend Zürich |
| SHAC | Stop Huntingdon Animal Cruelty |
| SRI | Secours Rouge International |
| USBV | unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung |
| V-NDB | Verordnung über den Nachrichtendienst des Bundes |
| WEF | Weltwirtschaftsforum / World Economic Forum |



Redaktion

Nachrichtendienst des Bundes NDB

Redaktionsschluss

Februar 2013

Kontaktadresse

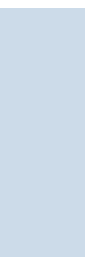
Nachrichtendienst des Bundes NDB
Papiermühlestrasse 20
CH-3003 Bern
E-Mail: info@ndb.admin.ch
Telefon: +41 (0)31 323 95 84
www.ndb.admin.ch

Vertrieb

BBL, Verkauf Bundespublikationen,
CH-3003 Bern
E-Mail: verkauf.zivil@bbl.admin.ch
www.bundespublikationen.admin.ch
Art.-Nr. 503.001.13d
ISSN 1664-4670

Copyright

Nachrichtendienst des Bundes NDB, 2013



SICHERHEIT SCHWEIZ

Nachrichtendienst des Bundes NDB

Papiermühlestrasse 20

CH-3003 Bern

Telefon: +41 (0)31 323 95 84

www.ndb.admin.ch / info@ndb.admin.ch